

Der Proletarier

Organ des Verbandes
der Fabrikarbeiter
Deutschlands



1923

Zweiunddreißiger Jahrgang



Inhalts=Überzeichnis

Die Zahlen geben die Seiten an

91

Abrechnung vom 2. Quartal 1922	1
— vom 3. Quartal 1922	1
— vom 1. Quartal 1923	1
Achtfunderttag:	1
— A und Arbeitsleistung	1
— A der Stahlarbeiter in Amerika	1
— Der gesetzliche A. in Schweden	1
— Die Feinde des A.	1
— Die Kommunisten und der A.	1
— Eine Geschichtstabelle des A.	1
— Entwöhnung vom A.	1
— Gegen den A.	1, 5, 9
— Produktionssteigerung und A.	1
— Reichswirtschaftsrat und A.	1
— Resolution auf dem Internationalen Kongress in Hamburg	1
— Sozialisten und A.	1
— Wirkung des A. auf den Alkoholverbrauch	1
Agitation: Alle bisherige Geschichte usw.	3
— Alltägliches	4
— An die Arbeit	12
— Der Marxismus will	12
— Der Wucher geht weiter	7
— Die Produktionsweise des materiellen Lebens	2
— Karl Marx: Das Kapital	3
— Liegen hohe Beistände im Interesse der Mitglieder?	9
— Marx und die heutigen Formen der wirtschaftlichen Organisation	9
— Privateigentum einzeln. Individuen	4
— Rückblick und Ausblick	4
— Schärfster Klassenkampf	4
— Was uns kostet	2
— Zum 1. Mai	6
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund:	1
— An die beruflichen Brüder im Rechtsgebiet	1
— Gewerkschaftliche Richtlinien des ADGB für die Durchführung der Kaufmännerhaftung der Betriebsnachfrage	12
— Gewerkschaftliche Steuerkommission	11
— 5. Auflösung des ADGB	38
— 6. Auflösung des ADGB	77
— 7. Auflösung des ADGB	113
Alkohol: Der Wucher	92
— Eine Problemstellung über ein Alkoholverbot	76
— Erörterung des Achtfunderttages auf den Alkoholstreitpunkt	113
— Zwölfte geöffnete Alkoholstaat 1918 bis 1921	92
Almoeches	41
Almoeches: Produktion und Preise	131
Almoeches: Was der heterodoxen Almoeches	131
— Der Achtfunderttag d. Stahlarbeiter in Amerika	138
— Fürchtenheit in den Vereinigten Staaten von Nordamerika	104
— Organisatorische Prinzipien des amerikan. Gewerkschaftsbundes	88
Alzey-Hochschule: Der Stand unserer sozialen Verpflichtung	106
— Entwicklung der Freien Berufsausbildungen und Fortbildung	67
— Zum Beispiel der Alzeyer	31
Alzeyer: Arbeitsertrag und Arbeitserhaltung in Japan	120
— Entwicklung der Gewerkschaftsbildungen über Betriebsvereinbarungen, Abmachungen und Einflussungen	133
— Die Gewerkschaftsbildungen	59
— Haben Sie zum Ende der Arbeitstag erledigten Nachschreibungsberichterstattungen in Prag und Görlitz	33, 37
— Hier mit dem Nachschreibungsbericht	41
— Ihre Entwicklung — insbes. Wirtschaftsförderung	15
— Entwicklung der Gewerkschaften der Gewerkschaftsbildungen	57
Arbeitserhaltung: Entwicklung in der Hochschulzeitung	59
— Entwicklung des Gewerkschaften in der Hochschulzeitung	6
— Entwicklung mit Arbeitserhaltung in Japan	71
— Das kann in die Gewerkschaften	139
— Die Ausgabe von den Gewerkschaften	67
— Entwicklung von Gewerkschaften in der Hochschulzeitung	57
— Entwicklung mit Arbeitserhaltung in Japan	67
— Entwicklung von Gewerkschaften	29
— Entwicklung und Entwicklung in den Gewerkschaften	47
— Entwicklung und Entwicklung in den Gewerkschaften	57
— Entwicklung die Gewerkschaften Gewerkschaften bewilligt?	59
— Zum Beispiel der Arbeitserhaltung	31
Arbeitszeit: Ein neuer Entwurf eines Zeitabrechnungsgegesetzes	155
— Justiziebung des Arbeitgebervereins	155
Arbeitserhaltung: Achtfunderttag und A.	72
— Arbeitszeit. Arbeitszeit und A.	24
— Der Achtfunderttag der Stahlarbeiter in Amerika	120

98

Arbeitsverhältnisse: Einleitung in das Arbeitsverhältnis	59
- Erklärung eines Geschäftsführer in der U-fabrikationsfirma	6
- Arbeitsvertrag mit Arbeitnehmerin einer Firma in Jena	71
- Der Recht: um die Arbeitsbedingungen	120
- Die Ausgabe von den Arbeitsbedingungen	67
- Erklärung des Betriebs am 1.1.1992	47
- Erklärung einer Angestelltenberatung	67
- Erklärung einer Arbeitsvertrag der Republikdeutsche	59
- Grundlinien und Strategie in der Arbeitsmarktpolitik	47
- Rundschreiben der Arbeitsagentur und Arbeitsförderung	47
- Sollten die Firmenabschafften Arbeitsmarktzusage bestätigen?	59
- Zum Wechsel der Arbeitgeber	11
Arbeitsmarktzusage: Ein neuer Entwurf eines Arbeitsmarktzuges	31
- Juristische Wirkung des Arbeitsmarktzuges	155
Arbeitsleistung: Erfolgsurteil und AL	166
- Arbeitsrecht: Arbeitsrecht und AL	72
- Der Arbeitsrecht und der Arbeitsmarkt	21
arbeiter in Unternehmen	122

100

— Verlängerung der Fälligkeitsdauer
der Vermögensverhältnisverordnungen
Dividendenbezüger, die einen
Dominanzfaktor zur zuständigen Organisation
unterstellt

E

Ein Standorterdienst als Wochenbeitrag
England: Arbeitslosenfälle in den Jahren
1921 und 1922

— Gewerkschaftskonzentration in E.

— Zusammenschluß der angeleinten Ar-
beiter in E.

Erwerbslosenfürsorge: Ausbringung der
Mittel für die E.

— Die E. im betroffenen Gebiet

— Die Not der Erwerbslosen

— Erhöhung der Erwerbslosen-Unter-
stützung

6

Ein Studentenverdienst als Wochenbeitrag
England : Arbeitslosenkrisse in den Jahren
1921 und 1922

- Gewerzschäftskonzentration in E
- Zukunftsmöglichkeit der angeleiteten Arbeiter in E

Erwerbslosenfürsorge : Ausbringung der Mittel für die E

- Die E im besetzten Gebiet
- Die Not der Erwerbslosen
- Erhöhung der Erwerbslosen-Unter-
stützung

11, 24, 36, 71, 87, 100, 108, 124.

3

Ferien: Der Entwurf eines Arbeiters- Urlaubsgesetzes in der Tschecho- slowakei	47
— Eine Entscheidung des Reichstarif- amtes Steine und Erden	99
— Ferien und verkürzte Arbeitszeit	111
— Nehmt euren Urlaub	59
— Rückwirkung der Lohnabschlüsse und Urlaub	129
Feuilleton: Asbest u. seine Verwendung	122
— Das Museum der Tapete	122
— Der dritte (vorletzte Band) des neuen Brockhaus	74
— Faschisten	14
— Karl Marx	38
Finanzwesen des Verbandes	93
Förderer der Revolution	13
Frankreich: Militarismus und Arbeits- mangel in	100
Frauen: Die Ausbeutung der Frauen und Kinder in Britisch-Indien	32
— Frauen in den deutschen Gewerk- schaften	123
— Frau und Krieg	20
— Frauenselbstmorde während des Krieges	20
— Industriearbeiterinnen und Demo- bilisation	72
— Teilnahme der Frauen an der Ar- beiterbewegung	28
— Über den Frauenüberschuss	20
— Weibliche Mitglieder in den freien Gewerkschaften	60
Freiberg: Kassiererstelle besetzt	4
Fürth i. B.: Streik in der Obst- und Gemüsekonservenfabrik	44

6

Gauachrichten :	
Gau 1, Eine Konferenz der Kaliarbeiter	3
— Jahresbericht für 1922	55
Gau 2, Jahresbericht für 1922	59
Gau 3, Jahresbericht für 1922	71
— Zahlstellenleiter-Konferenz	68
Gau 4, Jahresbericht für 1922	79
Gau 5, Jahresbericht für 1922	79
Gau 6, Eine Ziegeleiarbeiterkonferenz	75
— Jahresbericht für 1922	83
Gau 7, Jahresbericht für 1922	75
Gau 11, Gauleiter gesucht	134
— Jahresbericht für 1922	67
Gau 12, Jahresbericht für 1922	80
Gau 14, Jahresbericht für 1922	35
Gau 15, Jahresbericht für 1922	64
Gedichte :	
— Das Lied der deutschen Republik	13
— Das Lied vom Durchhalten	73
— Der Dollar steigt	109
— Der Riemer	103
— Der Weihnachtsmann	137
— Die Weberin	103
— Ein Traum	103
— Frühling	66
— Frühlingsnähen	53
— Frühling im Herzen	61
— Gold	57
— Mailied	65
— Nun schlägt es zwölf	25
— Ostern	49
— Ostergruß	50
— Pfingsten	77
— Sturmzeichen	14
— Vertrieben	85
— Wenn Mütter weinen	41
Gelbe : Leimen — Ein Opfer des Systems Schott vor Gericht	27
Gewerbeaufsicht : Organisation der Fa- brikinspektion	116
Gewerbeberichte : Geldgrenze im Ge-	

二四

Gewerbehygienie: Deutsche Gesellschaft für G.	11, 114,	120
Gewerkschaften, freie: An die deutschen Brüder im Ruhrgebiet		17
— Der Bergarbeiterverband zu dem unionistischen Generalstreik im Ruhrrevier		100
— Der Deutsche Metallarbeiterverband 1922		112
— Die Frauen in den deutschen Gewerkschaften		123
— Die Herstellung der Einheitsfront in der Praxis		59
— Gewerkschaften u. Einkommensteuer		6
— Gewerkschaftliche Richtlinien des ADGB. für die Durchführung der Kaufkraftschaltung der Tariflöhne		129
— Gewerkschaftliche Steuerkommission		112
— Hans Dreher		134
— Weibliche Mitglieder		60
Dieben: Angestellter gesucht, besichtigt A.		68
— Missstände in der Zahnfabrik "Germania"		130
Dumont-Industrie: Die deutsche Gummi-Industrie		137
— Die nochlagenden Optionen		81

<p>H</p> <p>Hagen i. W.: Geschäftsführer gesucht 132 Heidelberg: Leimen — Ein Opfer des Systems Schott vor Gericht 27 — Heimarbeit: Verordnung über die Verarbeitung von Zellhorn (Zellstoff) in der Haushalt vom 4. Mai 1923 86 Herzfelde: Bezirksgeneralversammlung 100</p> <p>I</p> <p>Indeziffrer, Die 57 Industriegerman: Anschluß des Glaserverbandes an den Baugewerksbund 8 — Deutscher Verkehrsverein 12 — Gewerkschaftskonzentration in England 96 — Industrieverbände 116 — Übertrag des Töpferverbandes zum Baugewerksbund 8 — Zusammenschluß der ungelehrten Arbeiter in England 4</p> <p>Internationale der Fabrikarbeiter:</p> <ul style="list-style-type: none"> — Anschluß an die Amsterdamer Fabrikarbeiter-Internationale 8 — Der zweite Kongreß der Fabrikarbeiter-Internationale 121 — Internationaler Verband der chem. Industrie (Sitz Aussia) 111 — Joseph Bombard † 92 <p>Internationale der soz. Parteien: Eingangskongreß in Hamburg 57</p> <p>Internationale Gewerkschaftsbewegung:</p> <ul style="list-style-type: none"> — Arbeitskonflikte in England in den Jahren 1921 und 1922 60 — Der Faschismus und die Gewerkschaften in Italien 72 — Die amerikanischen Gewerkschaften im Jahre 1922 118 — Die Arbeiterbewegung in Mexiko 96 — Die schweizerischen Gewerkschaften im Jahre 1921 19 — Die tschechischen Gewerkschaften im Jahre 1921 47 — Gewerkschaft oder Partei? (Norwegen) 56 — Gewerkschaftshilfe im Ruhrgebiet 119 — Gewerkschaftskonzentration in England 96 — Lohnabbau trotz kommunistischer Gewerkschaftsleitung 44 — Mitgliederzahlen der Gewerkschaften Deutsch-Ostreichs 88 — Mitgliederzahlen der schwedischen Gewerkschaften 112 — Organisatorische Prinzipien des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes 88 — Streikbrecher für den französischen militärischen Zirkus 48 — Zusammenschluß der ungelehrten Arbeiter in England 4 <p>Invaliden-Versicherung: Änderung in der J.-V. 106</p> <p>— Der Stand unserer sozialen Versicherung 8</p> <p>— Erhöhung von Renten der J.-V. 67</p> <p>Italien: Der Faschismus und die Gewerkschaften in Italien 72</p> <p>— Faschisten 14</p> <p>Jehoe: Agitator gesucht 104</p>	<p>Kommunisten und Gewerkschaften:</p> <ul style="list-style-type: none"> — Die vorzügliche Hochachtung eines K. vor den Vertretern des Kapitals 23 — Die Zerstörungsarbeit der k. Partei in den Gewerkschaften 9 — Eine k. Unterförderheit 28 — Erfolge der KPD 71 — Gewerkschaftsangestellte oder k. Parteiangestellte 13 — Intensivere Zerstörungsarbeit in den Gewerkschaften 31 — Jahresgeneralversammlung der Zentralstelle Berlin 31 — Kommunistische Gewerkschaften 17 — Kommunistische Jesuiten 62 — Kommunistische Tätigkeit in den Gewerkschaften 37 — Kommunistische Verbandszerstörer vor Gericht 19 — Kuckucksfeier 28 — Lenin über die praktische Fähigkeit der k. Agitatoren 17 — Leunawerke bei Merseburg 7 — Lohnabbau trotz k. Gewerkschaftsleitung 44 — Rechnet ab mit ihnen 6 — Schützt unseren Verband vor der Zerstörung 22 — Streikrecht bei uns und in Moskau 5 — Ungereimtes und Unmehreres aus der k. Presse 19 — Unter der kommunistischen Krake 83 — Verschläfen 134 — Vorsicht vor Schwindlern in Ludwigshafen und Wiesdorf 14 — Wie der kommunistische Gewerkschaffens liegt 56 — 3 000 000 Kommunisten in den deutschen Gewerkschaften 88 <p>Konjunktur und Geburtenziffer:</p> <p>Konserven-Industrie: Bezirkskonferenz in Braunschweig 88</p> <p>— Wie die Arbeitgeber der K.-I. den Reichsratmentarif aufzufassen 79</p> <p>Köslin: Agitator gesucht 136</p> <p>Krankenkassen: Der Krankenkassenbeitrag der Kurzarbeiter 83</p> <p>— Der Stand unserer sozialen Versicherung 106</p> <p>— Die Ausgabeposten in den Kt. 47</p> <p>— Die neuen Grundlöhne bei den Kt. 16</p> <p>— Die Regel- und Mehrleistungen in den Kt. 29</p> <p>— Ein Vorschlag zur Reform der Krankenfürsorge 92</p> <p>— Erwerbslosenfürsorge und Krankenversicherung 87</p> <p>— Grundlöhne u. Sterbegehalt in den Kt. 47</p> <p>— Krankenversicherungspflicht und Dienstgrenze 59</p> <p>— Müssen die Krankenkassen Krankenhauspflege bewilligen? 44</p> <p>Krefeld: Agitator gesucht 130</p> <p>— Aus dem Jahresbericht 35</p> <p>Kriegsbeschädigte und hinterbliebene: Das Streikrecht der Schwerbeschädigten 45</p> <p>Kurzarbeit: Eine Entscheidung des Reichskartells Steine u. Erden 99</p> <p>— Ferien und verkürzte Arbeitszeit 111</p> <p>— Gesetzliche Unterstützung der Kurzarbeiter 64</p> <p>— Krankenversicherung der Kurzarbeiter 83</p> <p>— Kurzarbeiter-Unterstützung 39</p> <p>— Stenerabzug und Kurzarbeit 55</p> <p>L</p> <p>Lebenshaltungskosten: Die rasende Lernerungswelle 113</p> <p>— Reichsindexziffern 138</p> <p>Lehrlingsfragen: Sind die Löhne für Lehrlinge zu zahlen, wenn sie durch Tarifvertrag geregelt sind? 27</p> <p>— Sind Lehrlinge Arbeitnehmer? 39</p> <p>— Unbillige Entschädigung der Lehrlinge 19</p> <p>— Vorstoß bei Abholung von Lehrverträgen 60</p> <p>Leipzig: 25jähriges Verbandsjubiläum 28</p> <p>Liegnitz: Hoch klingt das Lied vom braaven Mann 112</p> <p>Lindoleum-Industrie: Kapitalistischer Bluff 58</p> <p>Literatur: Abriß der Sozialpolitik 138</p> <p>— In der Schwelle Innerasiens 138</p> <p>— Arbeitersachen im Saargebiet 20</p> <p>— Arbeitserjugend und Republik 28</p> <p>— Arbeitsrecht und Bodenrecht 76</p> <p>— Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung 64</p> <p>— Dauerlich Deutsch oder Dauerlich Französisch 124</p> <p>— Betriebsräte im Ausschußrat 56</p> <p>— Betriebsstellungen 138</p> <p>— Braun, Adolf: Die Arbeiterinnen und die Gewerkschaften 76</p> <p>— Cook, Die Sucht nach dem Südländ 20</p> <p>— Das Erftlingswerk Sven Hedin 12</p> <p>— Das ökonomische Problem 84</p> <p>— Das Volkslied für Heim und Wandertum 28</p> <p>— Der Ansturm gegen den Achtstundentag 131</p> <p>— Der Arbeiter in Sowjetrussland 40</p> <p>— Der dritte Band des Brockhaus Konversationslexikons 36</p> <p>— Der Faschismus in Deutschland 36</p> <p>— Der neue Brockhaus 138</p> <p>— Der Neue Welt-Kalender für das Jahr 1924 136</p> <p>— Der politische Almanach 40</p> <p>— Der Rose Stern 138</p> <p>— Der Sozialdemokratische Almanachkalender für 1924 138</p> <p>— Der Sozialismus einst und jetzt 60</p> <p>— Der Wanderer 40</p> <p>— Der wohlversuchte Südländer (Alte Reisen) 131</p> <p>— Dichtungen eines Arbeiters 4</p> <p>— Die Arbeiterjugendbewegung (Karl Korn) 20</p> <p>— Die deutsche Jugendbewegung als kulturohistorisches Phänomen 108</p> <p>— Die Entdeckung Amerikas 108</p> <p>— Die Erforschung von Grönland 138</p> <p>— Die Grundlage des Schlichtungswesens 32</p> <p>— Die Grundzüge des Schlichtungswesens 20</p> <p>Literatur: Die Hungersnot in der Ukraine 32</p> <p>— Die Jugendgeschichte einer Arbeiterin 40</p> <p>— Die Lage der Arbeiterschaft in Deutschland 136</p> <p>— Die Rechtsstellung der Betriebsratsmitglieder im Ausschußrat der Aktiengesellschaften 130</p> <p>— Die Schule der arbeitenden Jugend 28</p> <p>— Die soziale Versicherung des Deutschen Reiches 20</p> <p>— Die Theorie des modernen Sozialismus 31</p> <p>— Die zwecklose Aufopferung kranker Schwangerer 62</p> <p>— Drei Geschichten der deutschen Gewerkschaftsbewegung 130</p> <p>— Dr. Walter Diegel: Wie der Kapitalismus entstand 60</p> <p>— Ein Gradmesser unserer Wirtschaftsnöt 32</p> <p>— Ein Leitsaden über Deutschlands Außenpolitik 72</p> <p>— Ein Ratgeber für den Betrieb von Papier-, Pappen-, Zellulose-, Holzstoff- und Strohstoff-Fabriken 137</p> <p>— Entwicklung des Weltalls, des Lebens und der Menschen 112</p> <p>— Festschrift zum Reichsjugendtag in Nürnberg 136</p> <p>— Fritz von Unruh: Vaterland und Freiheit 92</p> <p>— Gemeinwirtschaft, Planwirtschaft, persönliches Leben 76</p> <p>— Geniales Menschentum 16</p> <p>— Geher, Dr. Kurt: Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung 88</p> <p>— Gewerkschaften u. Jugendbewegung 131</p> <p>— Gewerkschaften und Politik in Sovjetrussland 40</p> <p>— Großstadt von Max Dotfu 20</p> <p>— Grundrisse des Arbeitsrechts 48</p> <p>— Gründung der Strafkolonie Sydney 128</p> <p>— Halt mit der deutschen Papiergeellschaft 138</p> <p>— Henckel, Karl: An die neue Jugend 76</p> <p>— Kapitalismus und Sozialismus 138</p> <p>— Kinderland, Jahrbuch für Buben und Mädel 4</p> <p>— Luise Otto: Erlösung von der Schwangerschaft 88</p> <p>— Marx-Gedächtnisnummer 32</p> <p>— Mazepa: Der Bolschewismus und die russische Okkupation der Ukraine 32</p> <p>— Männer vom Bau, von Max Dotfu 16</p> <p>— Mikkelson: Ein arktischer Robinson 56</p> <p>— Politisches Handwörterbuch 120</p> <p>— Produktion und Feuerkugel 138</p> <p>— Produktionssteigerung durch organischen Umbau 84</p> <p>— Sven Hedin: Prschewalsky 24</p> <p>— Schildung von Arbeitsfreiheiten 40</p> <p>— Schriften zur Ausklärung u. Weiterbildung der Gemeinde- u. Staatsarbeiter 88</p> <p>— Unsere Wohnung 4</p> <p>— Verhandlungen des internationalen Jugendkongresses, Hamburg 1923 138</p> <p>— Vorwärts-Almanach 1924 138</p> <p>— Wegweiser zur Erzielung wertbeständiger Löhne 124</p> <p>— Wirtschaftliches Arbeitnehmer-Jahrbuch 1923 28</p> <p>— Zur Gründungsfeier der deutschen Sozialdemokratie 92</p> <p>Lohn: Anteil des Lohnes am Herstellungspreis 114</p> <p>— Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung 24</p> <p>— Der deutsche Reallohn 56</p> <p>— Der Lohnanteil im Produktionsprozeß 75</p> <p>— Die Erleichterung der Lohnsteuer 36</p> <p>— Die Lohnpfändungsgrenze 59</p> <p>— Ein Unternehmergefeindnis 113</p> <p>— Gewerkschaftslinie Richtlinien des DGB für die Durchführung der Kaufkraftserhaltung der Lohnsätze 32</p> <p>— Goldlöhne 129</p> <p>— Lohnabdrücke 97</p> <p>— Lohnänderungen in verschiedenen Ländern 58</p> <p>— Lohnregelung der Gruppe Chemie, Sektion 3 b, Hamburg 102</p> <p>— Lohn und Währung 110</p> <p>— Löhne in Ausland 136</p> <p>— Löhne, Preise, Reichsregierung 45</p> <p>— Minimallöhne in Alberta (Kanada) 47</p> <p>— Realwert der Nachkriegslöhne 110</p> <p>— Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums über die Erhaltung der Kaufkraft usw. 126</p> <p>— Unternehmer und Lohnpolitik 97</p> <p>— Wertbeständige Löhne 114</p> <p>— Zur Lohnentwicklung in Deutschland 88</p> <p>Lohnbewegungen: Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1921 18</p> <p>Ludwigshafen: Betriebsratswahlen in der Bad. Anilin- und Soda-Fabrik 40</p> <p>— Die kommunalen Amokläufer 2</p> <p>— Die kommunistischen Erfolge 7</p> <p>— Jahresbericht 48</p> <p>— Vorsicht vor Schwindlern in Ludwigshafen 14</p> <p>M</p> <p>Maisfeier: Aus dem Reichsstatthalteramt Steine und Erden 5</p> <p>— Die Tarifkommission der Reichsarbeitsgemeinschaft Chemie zur M. 66</p> <p>— Zum 1. Mai 65</p> <p>Mannheim: Paul Bonneberger † 91</p> <p>Margarine-Industrie: Aus der Margarine-Industrie 112</p> <p>— Die Lage in der M. 119</p> <p>— Ruhrtbezirg und M. 108</p> <p>Marx und die heutigen Formen der wirtschaftlichen Organisationen 55</p> <p>Mexiko: Die Arbeiterbewegung in M. 96</p> <p>Müsliederung im Verband 99</p> <p>Mügeln: Michael Kimmich † 52</p> <p>Mühldorf: Angestellter gesucht, defekt 60</p>	<p>N</p> <p>Nahrungsmittel-Industrie: Hier mit dem Maschinenschutzgesetz 10, 15</p> <p>— Unfallschutz in der N.-I. 115</p> <p>Neugestaltung des Steuerrechts 125</p> <p>Norwegen: Betriebsräte in N. 104, 120</p> <p>— Gewerkschaft oder Partei? 56</p> <p>O</p> <p>Oppau: Gasexplosion 8</p> <p>Öschersleben: Geschäftsführer gesucht, besiegt 124, 134</p> <p>Osterode: Weibliche Büroangestellte gesucht 124</p> <p>P</p> <p>Papier-Industrie: Alles kannst du von mir haben, nur die Scheine nicht 27, 10</p> <p>— Aus der finnischen Papier-Industrie 10</p> <p>— Angebliche Unzulänglichkeiten in der Außenhandelsstelle für das Papierfach 87</p> <p>— Aushelfen — Man hält 63</p> <p>— Aussperrung auf der Papierfabrik Reichsholz-Arensberg 47</p> <p>— Betriebsunfälle 34, 39, 47, 70</p> <p>— Der Papier vertriebende Direktor 44</p> <p>— Die Handelsbilanz der deutschen P.-J. im Jahre 1922 43</p> <p>— Die wirtschaftliche Lage der Papiererzeugungs-Industrie im Jahre 1922 23, 26, 30</p> <p>— Eine Papierarbeiterkonferenz für Hannover-Hamburg 107</p> <p>— Gescheitert 15</p> <p>— Lohnabbau 58</p> <p>— Lohnkämpfe in der schwedischen P.-J. in Aussicht 8</p> <p>— Preisabbau 46</p> <p>— Produktionssteigerung und Achtstundentag 39</p> <p>— Rohstoffpreise in der P.-J. 27</p> <p>— Sorgen 99</p> <p>— Spinnereien 50</p> <p>— Stabilisierung 66</p> <p>— Über Leichen zum Profil 70</p> <p>— Terrat von Geschäftsgemeinschaften 30</p> <p>— Wer sind die Schuldigen? 70</p> <p>— Wir sind am Ende unserer Kraft 3</p> <p>— Zwei Zugeständnisse 86</p> <p>Petroleum: Die deutsche Erdölproduktion im Jahre 1922 95</p> <p>— Die Verflutung der deutschen Petroleum-Industrie 111</p> <p>Pokorny, Franz † 71, 44</p> <p>Preisgestaltung: Die rasende Lernerungswelle 113</p> <p>— Eisenbahnfrachtfäße im Jahre 1914 und am 1. Januar 1923 27</p> <p>— Holzstoffspreise 27</p> <p>— Papierholzpreise in den preußischen Staatsforsten 23</p> <p>— Zellstoffpreise 27</p> <p>Presse: Presse und öffentliche Meinung 117</p> <p>— Stimme kaufst die öffentliche Meinung 96</p> <p>Produktion: Produktionsabschaltung durch die Unternehmer 57</p> <p>— Ein Beitrag zu der Frage Steigerung der Produktion 34</p> <p>Proletariat: An die Schriftsteller und Berichterstatter 16</p> <p>— Das Erscheinen des P. 124, 133</p> <p>— Das Verbot des P. 78, 81</p> <p>— Die Kosten des P. 129</p> <p>— Zu viele P. 135</p> <p>R</p> <p>Rechtsprechung: Annahmeverzug nach § 615 BGB 83</p> <p>— Aus der Margarine-Industrie 119</p> <p>— Belegschaften und Kontrollapparat 127</p> <p>— Der § 616 BGB 63</p> <p>— Der Rechtsbegriff „Gute Sitten“ wird zum großen Unsug 77</p> <p>— Die Hosen betunten? 67</p> <p>— Die §§ 615 und 616 BGB 43</p> <p>— Ein Opfer des Systems Schott vor Gericht 27</p> <p>— Sind die Löhne für Lehrlinge zu zahlen, wenn sie durch Tarifvertrag geregelt sind? 27</p> <p>— Sind Lehrlinge Arbeitnehmer? 39</p> <p>— Zum Streikrecht und Vertragsbruch 42</p> <p>Regensburg: Baptist Hagen † 133</p> <p>— Pioniere der Arbeiterbewegung 19</p> <p>Reparationsangebot der deutschen Industrie und die Gewerkschaften 93</p> <p>Reparationsleistungen und Unternehmer 92</p> <p>Ruhrbeziehung: An die deutschen Arbeiter und Angestellten 42</p> <p>— An die deutschen Brüder im Ruhrgebiet 17</p> <p>— Arbeit, bleibt dem besetzten Gebiet fern 80, 92, 118</p> <p>— Aufruf zur Hilfe für die Volksgenossen im Ruhrgebiet 21</p> <p>— Barbaren 36</p> <p>— Das französische Sozialistengesetz an der Ruhr 47</p> <p>— Die Besetzung des Ruhrgebiets und die Not des deutschen Volkes 21</p> <p>— Französische Propaganda im besetzten Gebiet 96</p> <p>— Französische Unternehmer auf dem Gimpeling 114</p> <p>— Gewerkschaftshilfe im Ruhrgebiet 119</p> <p>— Helden 60</p> <p>— Heimatarbeit für die Ruhrbewohner 40</p> <p>— Käuber als Richter 64</p> <p>— Ruhrbefreiung und Margarine-Industrie 55</p> <p>— Ruhrhilfe 29, 59</p> <p>— Sabotageakte an der Ruhr 114</p> <p>— Soziale Kämpfe im Ruhrgebiet 90</p> <p>— Streikbrecher für den militärischen französischen Zirkus 48</p> <p>— Von Kriegsschämpel 25</p> <p>— Warnung vor Arbeitsannahme bei den</p>
--	---	---

Rußland : Der allrussische Gewerkschaftsbund gegen wilde Streiks	29	Streiks : Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1921	18	B	Zelluloid-Industrie : Eine Explosion in einem Zelluloidlager	75
— Die kommunistische Gewerkschaftsaktivität in Russland	8	— Die Streikbewegung in Russland	88	— Verordnung über die Verarbeitung von Zellhorn in der Haushalt vom 4. Mai 1923	88	
— Die Streikbewegung in Russland	88	— Ziegeleiarbeiterstreiks in Niederbayern	66	Zement-Industrie : Die Zementpreise 1914 und 1922	115	
— Die wirtschaftliche Not der russischen Arbeiter	104	— do. (Berichtigung)	79	— Geschäftsaufschlüsse	62	
— Löhne in Russland	136	Streikrecht bei uns und in Moskau	5	— Im Zement-Silo den Tod gefunden	108	
S		S		— Sie wollen abbauen	137	
Säer des Hasses, Die	54,	Tapeten-Industrie : Arbeit für die Bucherpolizei	39	— Unhaltbare Preispolitik in der Zement-Wirtschaft	91	
Salinen-Industrie : Die wirtschaftliche Lage der Speisefatz-Industrie	85	— Das Museum der Tapete	122	Ziegel-Industrie : Am Ende der diesjährigen Ziegelkampagne	131	
— Ein neues Salzsteuergesetz	86	— Im Namen des Volkes	126	— Arbeitgeber, die auf Gesetze und Verordnungen pfeifen	87	
Sebnitz : Geschäftsführer gerügt	98	— Wer sind die Schuldigen?	70	— Auf nach Osterode!	108	
Seifen-Industrie : Die Seifenfabrikanten gegen Tarifverträge	134	Tarifverträge : Bedeuten tarifwidrige Arbeitsbedingungen einen Bruch des Tarifvertrages?	62	— Aus dem Bericht der Ziegelei-Berufsgenossenschaft über das Jahr 1922	135	
— Seifenchaus	94	— Der Kampf geg. den Tarifvertrag	14,	— Die gleitende Mietskala	54	
Singen : Arbeitslosigkeit	78	— Die Seifenfabrikanten gegen S.	94	— Die Lohnverhandlungen in der Chemnitzer 3.-J. gescheitert	54	
Sozialismus und Reaktion	28	— Ein unversöhnlicher Tarifgegner	35	— Die Sperre in Sachsen aufgehoben	71	
Soziallöhne : Familienzulagengesetz in Belgien	94	— Sind die Löhne für Leibfronde zu zahlen, wenn sie durch Tarifvertrag geregelt sind?	27	— Die Tarifstreite des Herrn Hauer	51	
Sozialpolitik : Freiherr von Berlepsch	51	— Tarifwidrige Arbeitsbedingungen und Tarifbruch	70	— Die Ziegeleibesitzer im Erzgebirge für Verdängerung der Arbeitszeit	10	
Sozialpolitische Gesetzgebung : Änderung in der Invaliden-Versicherung	8	— Wie regelt sich der Arbeitsvertrag in tarifloser Zeit?	69	— Die Zustände in der Gemeindeziegelei Langendreer	44	
— Arbeitslosenförderungsgesetz - Entwurf	55	Ton-Industrie : Ein unversöhnlicher Tarifgegner	35	— Ein Beitrag zu der Frage: Steigerung der Produktion?	34	
— Der Stand unserer sozialen Versicherung	106	Torf-Industrie : Die Torsarbeiter erhalten Freibier usw.	100	— Ein Christlicher, der alles besser kann	107	
— Ein neuer Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes	105	— Die Tof-Industrie	115, 119, 127,	— Ein Musterbetrieb	111	
— Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung	138	Unfall-Versicherung : Änderung von Geldbeträgen	71	— Eine neue Organisation der Arbeitgeber in der 3.-J.	95	
— Erwerbslosenfürsorge und Krankenversicherung	130	— Der Stand unserer sozialen Versicherung	106	— Ein pommerischer Ziegeleiarbeitervertrag	50	
— Geistliche Unterstützung der Kurzarbeiter	87	Unfall-Industrie : Haben die zum Schutz der Arbeiter erlassenen Unfallverhütungsvorschriften in Preußen noch Gültigkeit?	33, 37,	— Eine Ziegeleiarbeiterkonferenz für den Gau 6 (Schlesien)	75	
Schlichtungsanschlässe : Gewerkschaftsbeamte im Schlichtungsverfahren	64	— Her mit dem Maschinenbau-gesetz!	10,	— Geschäftsaufschlüsse	62	
Sd		— Unfallschutz in der Nahrungsmittel-Industrie	15	— Kündigung des Manteltarifes in Rheinland-Westfalen	66	
Speier : Eine kommunistische Unverantwortlichkeit	28	— Zur Bekämpfung der Unfallgefahr in der Ziegel-Industrie	115	— Mehr Arbeit, weniger Lohn	23	
— Generalberichtsbericht	24	Unionisten (siehe auch Syndikalisten) :	47	— Rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiter	123	
— Gewerkschaftsangestellter oder kommunistischer Parteiangestellter?	13	— Der Bergarbeiterverband zu dem unionistischen Generalstreik	100	— Schwarze Listen	23	
Spielwaren-Industrie : Über die Lage der deutschen Sp.-J.	11	— Der Schreibbrief eines mitteldeutschen Unionsvorstandes	40	— Von der hessischen Ziegel-Industrie	79	
St		— Die Regisseure des unionistischen Generalstreiks	104	— Ziegelarbeiterstreik in Niederbayern	66	
Steine und Erdien : Aus dem Reichstagsamt	8	— Gewerkschaftszerführer	128	— Ziegeleiarbeiterstreik in Niederbayern (Berichtigung)	79	
— Aus der keramischen Industrie Amerikas	131	Unternehmer : Arbeitgeber, die auf Gesetze und Verordnungen pfeifen	87	— Ziegler, wahrt eure Organisation!	95	
— Aus dem hettischen Zeifen	18	— Das französische Unternehmertum auf dem Gipfelpunkt	114	— Zur Bekämpfung der Unfallgefahr in der 3.-J.	47	
— Die wirtschaftliche Not der Bauarbeiter-Industrie	95, 99	— Die geistige Hoffnung der deutschen Unternehmer	24	— Zur kommenden Kampagne in der Ziegel-Industrie	63	
— Eine Entscheidung des Reichstagsamts zur Urlaubsstreite	102	— Die Seifenfabrikanten gegen Tarifverträge	94	Zucker-Industrie : Das neue Zuckergesetz	108	
— Ein unversöhnlicher Tarifgegner	35	— Die Ziegeleibesitzer im Erzgebirge für verlängerte Arbeitszeit	10,	— Der Lohnanteil im Produktionsprozess	75	
— Entwicklung vom Achtstundentag	3	— Ein Unternehmergeständnis	32	— Die amerikanische Zuckerspekulation treibt die Weltzuckerpreise in die Höhe	58	
Stiftin : Aus dem Jahresbericht	35	— Eine neue Organisation der Arbeitgeber in der Ziegel-Industrie	95	— Die Ursache der Zuckerstaubexplosionen	75	
Steuern : Das neue Zuckergesetz	103	— Gewinnabschöpfung löst die Scham	92	— Die Wirtschaftslage in der 3.-J.	103	
— Die Einführung der Lohnsteuer	36	— Internationale Arbeitgeberorganisation	80	— Eine Konferenz der rübenverarbeitenden Zuckarfabriken	127	
— Gewerkschaften in Einheitsgemeinschaft	6	— Produktionsabotage durch Unternehmer	57	— Ein Raubzug der amerikanischen Zuckerkapitalisten	82	
— Gewerkschaftliche Straerkommunion	112	— Reparationsleistungen und Unternehmer	92	— Löhne und Preise in der 3.-J.	51,	
— Lohnhöher und Gehaltserhöhung	128	— Schwarze Listen	23	— Verhöhnungen in der Zuckererzeugung	87	
— Rentregelung des Lohnabzugs	71, 84,	— Unternehmer und Lohnpolitik	97	— Zuckerborkoff	5	
— Rentgehaltung des Steuerrechts	105	— Unternehmer u. werbeständige Löhne	109	— Zuckerdividenden	5	
— Steuerabzug und Kartell	125	— Verbandsplattform in der Blumenindustrie	47	— Zuckererzeugung und -versorgung	31	
— Wer zahlt in Deutschland Steuern?	80	— Zündholzfabrikanten wegen Preistreiberei vor Gericht	126	Zündholz-Industrie : Zündholzfabrikanten wegen Preistreiberei vor Gericht	126	

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 50.-
eingetragen in die Post-
zahlschlüsse Nr. 6452.

Zuzugpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Zahlstellen - Zuzug der
3 geplante Zeit-Zeile
5,00,-.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Vorlesungsraum: St. 298/15, Hannover.

Verlag von U. Bräuer.
Druck von C. A. G. Meißner & So., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.
Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 2002.

Rück- und Ausblick.

Wieder ist ein Jahr abgelaufen, das der Arbeiterschaft weitere Verarmung gebracht hat. Manche Familie, die im Vorjahr noch im Besitz von Hemden war, weiß jetzt nicht, wo neue herkommen werden. Trotz tagtäglicher fleißiger Arbeit aller arbeitsfähigen Familienmitglieder erhofft sich kein Ausblick auf Besserung. Eine kleine Schicht Schmarotzer führt unterdessen vor den Augen der Darbende ein Schlemmerleben auf Kosten derer, die produktive Werte erzeugen. Dieses Schlemmertum, das ungezügelt am Volkskörper hat, es der Entente resp. den französischen Machtpolitikern zu danken, daß sie immer wieder die Stabilisierung unserer Mark verhindern, gemeinsam mit jenen, die Milliarden Goldmark im Auslande angelegt haben aus dem Überfluss deutschen Fleisches aller Schaffenden. Unser ganzes Elend drückt sich aus am Dollarstand, dem Volatilometer. 1914 im Juli stand der Dollar auf 4,16 Mk., am 8. November 1921 auf 298 Mk., am 1. Juli 1922 auf 399 Mk., am 15. August bereits auf 1041 Mk., dann ging es mit Riesenfortschritten aufwärts, bis er am 12. Dezember 1922 einen Stand von 8500 Mk. erreicht hatte. Selbst wenn es uns gelänge, unsere Mark zu stabilisieren, könnte eine einzige Drohung Poincarés das ganze wirtschaftliche Leben Deutschlands wieder anstreifen erschüttern und alles über den Haufen werfen. Solange wir unter dem Druck der Entente schwanken, ist es deshalb auch einerlei, ob die deutsche Arbeiterschaft täglich 8 oder 15 Stunden arbeitet. Vorteil davon wird nur das internationale Kapital haben, während die deutschen Arbeiter als seine Sklaven ständen und der Arbeiterschaft der Ententestaaten zur Arbeitslosigkeit verhelft.

Die Tendenz ist im letzten Jahr und insbesondere im letzten Viertel des Jahres so rapide fortgeschritten, daß der Relativlohn der Arbeiter immer tiefer sank. Die Arbeit der Gewerkschaftsfunktionäre erschöpfte sich deshalb fast ausschließlich in der Tätigkeit bei Lohnbewegungen. Der Rückgang des Relativlohnes bot auch den günstigsten Nährboden für wilde Streiks, auf die wir an anderer Stelle zu sprechen kommen. Die aus den wirtschaftlichen Nöten geborene seelische Verstimmung der Arbeiter wurde noch weiter verstärkt durch eine fortgesetzte Heze der Unternehmer und deren Presse über die „Faulheit“ der Arbeiter! Als die Unternehmer sahen, daß der seit Jahren angedrohte Lohnabbau nicht durchzuführen sei, ließen sie Sturm gegen die sogenannten „unproduktiven Lohnlasten“. Vermischlich wurde durch eine diesbezügliche, von den Unternehmern veranstaltete Umfrage festgestellt, daß die unproduktiven Lohnlasten anderen Leuten als den Arbeitern zur Last gelegt werden müssten, denn es wurde plötzlich still über dieses Thema. Dafür sah der Sturmlauf gegen den Achtstundentag ein mit Gründen, die vergangenen Jahrhunderten entstammten. Das Interessante bei der Sache ist, daß die Unternehmer ihre Heze gegen den Achtstundentag zu dem Zeitpunkt zur vollen Höhe steigerten, als die Kurzarbeit bereits einen bedenklichen Grad erreicht hatte. So verzeichnet die Statistik unseres Verbandes im Monat Januar 1924 von Kurarbeit betroffene Mitglieder, im Juli 3426 und im November bereits 29786. Noch skandalöser wirkt diese Heze gegen den Achtstundentag, wenn man auf die unmöglichste auch von amilieher Stelle hervorgehobene Tatsache hinweist, daß unter der Wirkung des Achtstundentages in den letzten Jahren die Unfallzahlen ein fortwährendes Sinken aufwiesen.

Bei dem Suchen nach einem Mittel gegen die Verelendung der Arbeiterschaft hat im abgelaufenen Jahre die Frage der gleitenden Löhne eine Rolle gespielt. Es sind damit auch Versuche gemacht worden. Tatsächlich konnte bei diesem System der einmal festgesetzte Relativlohn gehalten werden, während er anderwärts zurückging. Jenseits hat sich also der gleitende Lohn bewahrt. Gerade deshalb aber lehnen die Unternehmer eine weitere Lohnregelung nach dem mit den Preisen gleitenden System ab. Auch das Problem der Goldlöhne wurde in der Gewerkschaftspresse viel erörtert. In seiner Wirkung hat es die gleiche Tendenz wie der Gleitlohn. Praktische Versuche sind mit der Anwendung der Goldlöhne nicht gemacht worden.

Sozialpolitisch hatten sich die Gewerkschaften im letzten Jahre mit vier für sie wichtigen Gesetzesvorschlägen zu beschäftigen, und zwar mit den Entwürfen zur Schlichtungsordnung, zur Arbeitslosenversicherung, zum Arbeitsnachweiszettel und zum Arbeitszeitgesetz. Sowohl der Gewerkschaftskongreß wie auch unser Verbandstag haben zu den Entwürfen kritisch Stellung genommen. Gerade im Hinblick auf die Sozialgesetzgebung dürfte das Auscheiden der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung für die Arbeiterschaft erhebliche Nachteile zur Folge haben. Erfreulicherweise hat das Jahr 1922 die Vereinigung der SPD. und der USPD. zu einer einzigen

Arbeiterpartei gebracht. Leider wird aber die Kampfkraft der Arbeiterschaft politisch und gewerkschaftlich stark geschwächt in erster Linie durch die KPD. Sie ist seit Jahren bestrebt, das gewerkschaftliche Organisationswesen zu zerstören, und speziell im Fabrikarbeiterverband sucht sie durch Einleitung wilder Streiks die Mitgliedschaft zu desorganisieren. Wissend, daß wilde Streiks von den Gewerkschaften laut Statut nicht finanziert werden, provoziert die kommunistische Partei seit Jahren in der chemischen Großindustrie solche wilde Streiks, um dann den ganzen Haß der nicht unterstützten streikenden Arbeiter gegen die Gewerkschaften resp. gegen die leitenden Personen zu lenken. In Leuna, in Höchstädt, in Leverkusen sind die Organisationen zerstört, die Gelben gestrichen, und nunmehr kommt Ludwigshafen mit dem gleichen Resultat hinzu. Um die Zerstörungsarbeit und eventuell die Gründung eines neuen kommunistischen Fabrikarbeiterverbandes intensiver betreiben zu können, hat die Kommunistische Partei zunächst Beamte angestellt, die ihre verderbendbringende Tätigkeit lediglich auf den Fabrikarbeiterverband konzentriert haben. In beiden ist die Arbeiterschaft, die dieses frivole Spiel nicht durchschaut. Sie wird von den Unternehmern geziichtet werden.

Der kommunistische Betriebsrat hat den Unternehmern mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß es den Kommunisten Ernst ist mit der Zersetzung der Einheitsfront. Ein anderes praktisches Ergebnis hat dieser Kongreß nicht gehabt.

Trotz der zerstörenden Tätigkeit der Kommunisten hat sich der Verband auch im abgelaufenen Jahr langsam aufzubauen entwickelt. Die Mitgliederzahl ist ständig gestiegen. Der Stand der Verbandsfinanzen ist wohl absolut hoch, aber pro Kopf immer noch ungenügend. Ein Verbandstag und zwei Tagungen des Verbandsbeirats haben das Ihrige getan, um das Organisationsgefüge intakt zu erhalten. Der Verbandstag insbesondere hat den Grundrahmen aufgestellt, ein Standard ist eingefügt. Die leichte Beiratssitzung hat die vom Bundesvorstand im Auftrag des Leipziger Gewerkschaftskongresses herausgegebenen Regeln zur Führung von Lohnbewegungen in gemischten Betrieben als für den Verband bindend anerkannt. Daß die übrigen Verbände desgleichen beschließen und handeln, hoffen wir. Der Bauarbeiterverband geht bereits vielerorts dazu über, entgegen den „Schriften und Richtlinien“ des ADGB. Teile unseres Verbandsgebietes sich einzuteilen. (Soll das Erstes sein für den kommunistischen Abfall?) Das Verhalten dieser Organisation ist geeignet, im ADGB. der gewerkschaftlichen Anarchie Eingang zu verschaffen. Unsere Kollegen müssen zur Abwehr schreiten. Wir haben somit die Ansicht, die Durcheinanderorganierterei wieder zu erleben, wie sie in den neunziger Jahren üblich war. Wirklich schöne Aussichten.

Was das neue Jahr bringt? Wir wissen es nicht. Sollten uns die Entente an der Gurgel haft, können wir Ausblick mit Annahme einer Wahrscheinlichkeit nicht mehr halten. Aber daß die Arbeiterschaft auch im neuen Jahr gute Tage nicht allzu viel erleben wird, das kann als wahrscheinlich angenommen werden. So haben die bürgerlichen Parteien des Reichstages die Lohn- und Gehaltsempfänger für die kommende Zeit steuerlich schwerer belastet als schon seither zugunsten der Veranlagungspflichtigen, also vorwiegend der Besitzenden. Die bürgerlichen Parteien des Reichstages haben ihre Interessen gewahrt. Möge die Arbeiterschaft ein gleiches tun. Gelingt es aber den Kommunisten, die deutsche Gewerkschaftsbewegung in Trümmer zu schlagen, dann wird der Kapitalismus auf der ganzen Linie triumphieren, denn eine geordnete auf Erfahrung aufgebauten Gewerkschaftspraxis kann nicht durch Wutausbrüche ersetzt werden. Der kühle abwägende Verstand wird stets Sieger bleiben über die blinde Leidenschaft. Deshalb, Kollegen und Kolleginnen, macht euer höchstes Gut, die organisatorische Einheit!

Gegen den Achtstundentag.

VIII.

Nunmehr hat auch der Vorläufige Reichswirtschaftsrat sich mit dem Arbeitszeitgesetz beschäftigt. Um es gleich vorweg zu sagen: Er hat mit knapper Mehrheit im Sinne der achtstundentagfeindlichen Unternehmer seine Beschlüsse gefasst. Arbeitgeber standen gegen Arbeitnehmer. Es gibt in Deutschland noch keine klarsprechenden Unternehmer mit dem Geiste eines Robert Owen, eines Professors Abbe, es gibt unter ihnen keine Geister mit dem Geiste eines John Stuart Mill, eines Fichte, eines Comenius usw. Die deutschen Unternehmer sind nun einmal der Meinung, die deutsche Arbeiterschaft soll zu Sklaven des internationalen Kapitalismus degradiert werden.

Stark umstritten war der § 5 des Arbeitszeitgesetzentwurfes, welcher bestimmt, daß die Arbeitszeit ausschließlich der Pausen acht Stunden nicht überschreiten darf. In der Abstimmung wurde dem Antrage der Arbeitgeber auf Nichteinberechnung der Arbeitsbereitschaft in die Arbeitszeit mit 102 gegen 100 Stimmen im Hammelsprung zugestimmt.

Beim Kapitel „Ausnahmen“ wird von den Arbeitgebern eine erhebliche Erweiterung der Umstände beantragt, unter denen eine Verlängerung der Arbeitszeit notwendig ist. Bei außergewöhnlichen Häufung der Arbeit und in Gewerben, in denen regelmäßig zu gewissen Zeiten des Jahres ein vermehrtes Arbeitsbedürfnis eintritt, kann nach einem weiteren Arbeitgeberantrag mangels tariflicher Vereinbarung auf Antrag des Unternehmers eine von der gesetzlichen abweichende Arbeitszeit an 60 Tagen im Jahre durch den Gewerbe- oder Bergaufsichtsbeamten widerruflich zugelassen werden. Die Vertreter der Arbeitgeber erklärten im Laufe der Debatte, daß sie weder zur Arbeiterschaft noch zu den freien Tarifverträgen das Vertrauen hätten, daß sie sich freiwillig in die erforderliche Mehrarbeit fügen würden und daß sie deshalb auf gesetzlicher Festlegung der Fälle bestehen müssten, in denen diese Mehrarbeit geleistet werden müsse. Die Fassung des Arbeitgeberantrages, der die Umstände erweitert, unter denen Mehrarbeit erforderlich ist, wird in der Abstimmung angenommen. Annahme findet auch noch ein weiterer Antrag, die Bestimmung über die 25prozentige Mehrbezahlung der Überstunden zu streichen.

Das heißt also mehr Arbeit, aber weniger Lohn.

Der Paragraph über die Einschaltung eines besonderen Schiedsgerichts in besonderen Fällen wird gestrichen. Beim Kapitel „Aufsicht“ wird auf Antrag der Arbeitgeber die Bestimmung über das Aufsichtsrecht der Gewerbe- und Bergaufsichtsbeamten gemeinsam mit der Betriebsvertretung gestrichen. Im Bau- und Baunebenengewerbe wird die Arbeitszeit vorbehaltlich notwendiger Überstunden für acht Monate des Jahres auf neun Stunden täglich festgesetzt. Der Antrag von Dr. Heyde, die Nacharbeit Jugendlicher bis zu 18 Jahren im Bergbau, in Eisen- und Stahlwerken, Glasschläfern, Papierfabriken und Rohzuckerfabriken vom 1. Januar 1923 an in den anderen Gewerben vom 1. Januar 1925 an zu verbieten, wurde prompt abgelehnt.

In der Gesamtabstimmung wurde dem Entwurf mit den beschlossenen Veränderungen gegen eine große Minderheit zugestimmt. Bei den Abstimmungen standen ungefähr immer 123 gegen 104 Stimmen. Der frühere Reichsminister Wissell protestierte vorgeblich gegen die Darstellung, als ob der Rückgang der Produktion die Folge des Achtstundentages sei. Wenn sich die Produktionskosten der deutschen Industrie trotz der im Verhältnis zu den Weltmarktpreisen billigen Löhne und Kosten nicht als konkurrenzfähig erwiesen, liege die Schuld nicht an dem Achtstundentag, sondern an technisch-organisatorischen Mängeln.

Umsatz. Die Unternehmer kennen keine Rücksicht, wo es sich um ihre materiellen Interessen handelt. Sie haben den Beweis geliefert, daß sie um jeden Preis die Zustände, wie sie vor dem Kriege waren, wieder herbeiführen wollen, unter dem Vorzeichen, die Produktion sei allgemein relativ gesunken, und sie geben dafür der Arbeiterschaft die Schuld. Uns scheint aber, als solle die Arbeiterschaft für die Sünden des Kapitals büßen resp. die durch die kapitalistischen Sünden erkrankte Wirtschaft sollte durch Verlängerung der Arbeitszeit geheilt werden. Ein berufenes Organ, die „Volkswirtschaft“ der „Deutschen Werkmeisterzeitung“, Nr. 50 vom 15. Dezember 1922, gibt einen interessanten Einblick in die wahren Verhältnisse. Sie beschäftigt sich mit dem offenen Brief des Großindustriellen Thyssen an den früheren Reichskanzler Wirth und führt im Anschluß daran aus:

„Als stärkstes Argument dient sämtlichen Gegnern des achtstündigen Arbeitstages eine gemeinsame Forderung: die Erzeugung müsse vergrößert werden, das sei nur möglich durch eine größere Arbeitsleistung, und diese ergäbe sich aus der Verlängerung der Arbeitszeit. Dazu sei nur nebenstehendes Dokument mit dem Zwang, den Achtstundentag zu verlängern, zusammenhängt, als es oft dargelegt wird. Nicht nur Herr Thyssen, sondern jeder, der mit offenen Augen im Produktionsprozeß sich umschaut, und im besonderen der Werkmeister, weiß, daß die notwendige Ertragssteigerung zu einem erheblichen Teile eine organisatorische und betriebsbedingte Angelegenheit ist, zum anderen ist sie auch eine privatwirtschaftliche, eine Kapital- und Kreditfrage. Es ist demagogisch, die Vergrößerung unserer Produktion immer nur vom Arbeiter abhängig zu machen, so bedeutungslos es heute der Unternehmer im Produktionsprozeß noch nicht, daß es keine Rolle spielt und nicht zur Intensivierung unserer Arbeitsleistung beizutragen vermöchte.“

Wenn der heutige Unternehmer in seiner volkswirtschaftlichen Funktion untersucht wird, wenn er mit seinem Kollegen vor 1914 verglichen wird, dann ergeben sich sehr bemerkenswerte Schlußfolgerungen.

Vor allem der Unternehmer von vor dem Kriege war mit seinem Betriebe vermausen, sein ganzes Vermögen steckte in ihm, er war selbst und er mußte im freien Konkurrenzkampf durch eine Lücke hervortreten, wenn er nicht an die Wand gesetzt werden wollte. Heute ist der Unternehmer, im besonderten der neue Unternehmer, im Durchschnitt etwas ganz anderes. Das Wissenswerteste ist, daß dieser meist nicht die Hoffnung, an der Weiterbildung seines Betriebes hat er geringes Interesse, Ausgaben für technische und organisatorische Durchbildung sind ihm verbaut, er will nur verdienen. Rohmaterial und fertige Ware, es ist alles Spekulationsobjekt, auf dem meist noch die wirtschaftlichen Preisverhältnisse angebracht werden. Es gibt heute schon eine Kategorie von Unternehmern, denen ihr Betrieb nichts weiter ist als eine Legitimation der Oberschicht, den Banken und der Börse gegenüber, um damit den Eingang zum Börsen geschäft zu finden. Diesen Unternehmern von heute ist sogar ihr gesamtes Unternehmen nichts anderes als ein beliebiger Effekten- oder Devisenbestand, den man heute verkauft und morgen verschlendert oder erhöht, wenn der Dollar kurz sich etwas verändert hat.

Aber dieser eben geschilderten neuen „Unternehmer“ schlägt keinerlei Produktionsinteresse, sondern nur Spekulationsstreit bezüglichs hat sich eine etwas anders geartete, aber ebenso gefährliche Schicht entwickelt. Das sind die Unternehmer, die ihren Betrieb mobilisiert haben, die mit Hilfe des zu allem branchbaren Aktienrechts die breitesten Mengen derer, die irgendwie Geld beschaffen, an sich heranzogen. Das geschieht nicht, um einem bestimmten Betrieb, einer bestimmten Branche, einer bestimmten Industrie neue Entwicklungsmöglichkeiten zu geben, darum eingeschritten kann sich nicht, es geht hinter der Rüstung jener Gesellschaften die raffiniertesten Spekulations- und Spielmöglichkeiten entzünden. Die hinter vielen deutschen Aktiengesellschaften noch nach dem Kriege vorhandenen Schwierigkeiten wurden in Form von hohen Dividenden, Bezugsrechten, Gratifikationen, Abgabe von ganzen Wertpapieren an interessierte Banken etc. sinnlos verschwunden.

Jener höheren Verbindung ging eine innere Friedlichkeit parallel, die kaum glaublich erscheint. So genug war für ein neues Direktionsamt mehr Geld vorhanden als für Werkzeuge oder praktischer Registraturchränke. Mancher Werkmeister weiß dazu ein Lied zu sagen. Die Herren jener Unternehmungen verstanden es, durch Vorschüsse und Kredite sich selbst zu Schülern ihres eigenen Geschäfts zu machen. Diese mühelos erzielten Verdienste verwandeln sich in „Sachware“, in Largos, unter dem ersten Teppich bis zum geschlossenen Glas, vom teuersten Preis für die Galerie bis zur Geschäftsausstattung, die bis zu deren seligem Ende reicht. Jämmer mehr wurde es üblich, neben dem offiziellen Geschäft des Unternehmers noch ein privates Gepräst anzuziehen, bei dem nichts weiter heraustritt, als daß der Unternehmer auf dem Rücken seines oder des von ihm geleiteten Unternehmens verdient.

Dieser neue „Unternehmer“ ist bei jener Entwicklung von jener Organisations nicht etwa bestimmt, sondern oft genug sogar unterdrückt worden. Früher galt die Qualität der Ware, galt der Name der Firma, heute gilt der Syndikatspreis, bestimmen die Verkaufskonditionen, sie führen jeden Druck und jede Minderwertigkeit. Der sogenannte Regisseur war ebenso häufig gegen geschäfts-, Lieferbedingungen ausgetreten, wie sie heute auch dem sogenannten sogenannten Konsensus gegen Selbstverständlichkeit erzielen. Wir denken dabei nicht an den Verbindungen jener Geschäftsführer — das ist verständlich —, hier sei nicht einmal etwas gesagt gegen die freizügigsten Preise, aber wenn beide der Unternehmer dem Konsensus entsprechen, daß dieser die Ware abnehmen will, ganz gleich, in welcher Qualität sie kommt, und wenn er beide die Güte seiner Ware nicht mal nicht Garantie übernimmt, so ist das eine Sünde ex unserer Minderwertigkeit.

Wenn wir nun zum Typ des großen Unternehmers gehen, dann finden wir, daß auch er oft nicht so sozialdemokratisch und sozialdemokratisch bleibt, wie er es selbstverständlich von seinen Arbeitnehmern verlangt. Nach ganz großen Horden ist häufig genug der Export nichts anderes als eine Auslastung von Sachware, die der Exporteur nicht erhalten will. Der Industriemann ist dann im wesentlichen gleichzeitig, das heißt gleichzeitig, kost nicht. Das wieder ist dann das Streben nach dem niedrigen Wiederbeschaffungspreis, der kommt um die tatsächlichen Kosten herum, das ist der Unterschied am Dollarpreis gegen jene Sonderarten und Schwierigkeiten gekommen? Große und kleine Unternehmer haben sich dabei geprägt, in die Nähe geraten, die Wege möglichst der Großen zu sein, ebenso in den Wiederbeschaffungspreis eingegangen, wie das Zwischen- und Ausland, das der kleinere gar zu gern führt.

Die Partei kann sich der ehemaligen Unternehmungswirtschaft nicht entzogen haben, wenn sie jetzt nicht auf dem Generalstreik, diese Entwicklung ist vom Zwischenmarkt untersagt worden.

So ist es möglich geworden, daß ehemalige Unternehmer heute ja noch keine und Stimme auf Zwischenmärkten, Auto- und Unternehmungen oder Großbanken präsentieren, daß der Konsensus kein Wiederbeschaffungspreis aus Dollargrundlage hat, und daß bei einem bestimmten Unternehmung ein anderer, kleinerer Konsensus, eine einzige Konsistenz-Schwierigkeit besteht.

Wir erkennen jetzt an, daß Herr Thomsen den Willen hat, der deutschen Arbeiter auf die Seite zu setzen. Wir erkennen auch an, daß er das eben mal andere Unternehmer angewandt meint, auch nämlich eine Beleidigung des Arbeitnehmers und einmal ein größeres Interesse an der großen Produktion möchte. Wir erkennen an, daß Herr Thomsen das keine Freude auch einmal bei ihren Arbeitnehmern, den Unternehmern, gefunden hat, sondern jetzt mit einer Art einer der Zeitschriften nicht.

Es bleibt Bild prägt vorzüglich die Schilderung eines Arbeiters aus Brüssel über die Arbeitsverhältnisse, wie sie heute jetzt oft angekommen werden. Er schreibt der Redaktion des „Proletariers“:

„Da sehen wir, wie zwei Arbeiter einen beladenen Rollwagen transportieren. Wegen Mangels an Öl ist der Rollwagen mit Schwarz gefüllt. Der eine Arbeiter läuft lange Zeit am Wagen. Da plötzlich holt! Es zieht er, die Wagen freigemacht werden für die Durchfahrt. Nun geht die Fahrt weiter, schon wieder holt! Bei der Rumpftreibung an Wagen nicht in Ordnung! Es kippt der Wagen leicht hin. Nun wird wieder angehoben und nach wiederholten Entgleisungen kommen die beiden Arbeiter mit ihrem schwerbeladenen Wagen endlich am Bestimmungsort an, um nun einen und liegen mit Material in den Osten zu schaffen. Der unter fischen Wagenen 8 Stunden lang — bei einer 4-stündigen Effektionszeit — schwer geschuftet hat, verläßt endlich und will auch manchmal ungern den Arbeitssaal.“

Der Schreiber dieser Zeilen ist in der chemischen Industrie beschäftigt und er ist der Meinung, da Chemikalien sollte die Frage der Wiederbeschaffung einsam von dieser Seite betrachtet.

Der Weltfriedenkongress im Haag

hat vom 10 bis 15. Dezember stattgefunden. Etwa 600 Delegierte aus 24 Ländern mit über 40 Millionen Anhängern waren auf der Tagung anwesend. Über den Verlauf gibt der Vorsitzende des AGW, der Kollege Th. Leipart, folgenden Allgemeinerbericht:

Auch wer sich von allen Überzeugungsmöglichkeiten freihält, wird doch annehmen müssen, daß der Kongress im Haag eine große Demonstration für den Friedensgedanken gewesen ist. Das gilt in erster Linie für den äußerlichen Eindruck, den sein Verlauf gemacht hat, aber auch für den Inhalt der meisten Reden, die gehalten wurden. Für einen internationalen Kongress mit einer so großen Teilnehmerzahl ist der ruhige und geordnete Verlauf des Kongresses geradezu glänzend gewesen. Da war wohl keiner unter den rund 600 Männern und Frauen aus allen Ländern Europas, der nicht von hellem Ernst für den Friedensgedanken und von stetstem Abscheu gegen den Krieg erfüllt und deshalb aus voller Überzeugung bestrebt war, sein Bestes zu einem Erfolg dieses Kongresses beizutragen. Die Arbeitervertreter, die durch ihre große Überzahl den Kongress beherrschten, waren in ihrem Auftreten bestimmt durch die furchtbaren Folgen, die der Weltkrieg gerade für die Arbeiterschaft in allen Ländern gezeigt hat. Diese Folgen sind so unzählig traurig, daß es keinen Arbeitervertreter geben kann, der nicht aus tiefer Seele und mit entschlossenem Willen in den Ruf: „Wie wieder Krieg!“ einstimmen möchte.

Auf der anderen Seite haben die zahlreichen Vertreter der europäischen Friedensgesellschaften, unter denen das ergraut Alter zu überwiegen schien, gewissermaßen die Früchte ihres Lebenskampfes auf diesem Kongress reifen. Ohne die Arbeiter sei der Kampf der Pazifisten aussichtslos gewesen, was aber werde es zusammen mit den Arbeitern, mit ihren machtvollen Gewerkschaften sicher gelingen, den Frieden der Welt gegen alle Kriegsgefährten zu sichern.

Ohne jede Einschränkung stellen sich die bürgerlichen Pazifistentreter, die in bevorzugtem Maße zum Krieg kamen, auf den Boden der Beschlüsse des internationalen Gewerkschaftskongresses von Rom. Es sei nicht wahr, führte der deutsche Professor Uhlde gegen den Außenstaat aus, daß der Generalstreik zur Verhinderung neuer Kriege die soziale Revolution sei und die Verbesserung der Sozialordnung bedeute. Der Generalstreik in diesem Falle bedeute vielmehr die Rettung des Vaterlandes und sei deshalb eine Notwendigkeit und eine fiktive Pflicht.

Dass die kommunistischen Vertreter aus Russland, die auf eine an die Landeszentrale der russischen Gewerkschaften gerichtete Einladung an dem Kongress teilnahmen, diese Gelegenheit benutzen würden, wieder als Apostel des Einigungsgedankens unter der Arbeiterschaft einzutreten, war vorauszusehen. Sie redeten nacheinander wie unzählige Lieder, aber die ganze Welt kennt sie als die Mütze, die sie in Wirklichkeit sind. So war es ein ansichtloses Beginnen für sie, mit ihren Reden einzutreten auf den Kongress zu machen. Sie gaben aber durch ihre Reden die Begeisterung dazu, daß ihnen von mehreren Seiten, besonders von den französischen Dantonlin und Grumbach sowie von dem Russen Abramowitsch, ein Spiegel ihrer eigenen Handlungen vorgehalten wurde, der das direkte Gegenteil von dem ehrlichen Streben nach der Einheitsfront des Proletariats zeigte. Die durch die kurze Redzeit etwas beschränkten Aussprüchen Abramowitsch waren trotzdem eine ebenso mächtige wie vernichtende Anklagerede gegen das heutige russische Regierungssystem, der der ganze Kongress durch demonstrativen Beifall bestätigt.

Jedoch in einem Punkt hatte Stadek recht, als er schriftlich daran erinnerte, daß es unmöglich sei, nur von der Verhinderung neuer Kriege in der Zukunft zu sprechen, während doch gleichzeitig mit dem Kongress aus den Regierungskonferenzen in London und Konstantin über die militärische Vergewaltigung Deutschlands und der Türkei beraten und beschlossen werde. Es hätte allerdings dieser Auffassung von kommunistischer Seite nicht bedarf, denn die Vertreter der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien von Frankreich, Belgien und England haben von der ersten Stunde an keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie das Vorzeuge ihrer Regelungen ablehnen und auch streiken beabsichtigen wollen. Einträchtig und überzeugend haben die beiden deutschen Redner, Graumann für die Gewerkschaften und Weiß für die Sozialdemokratische Partei, die Unzulänglichkeit der Lage in Deutschland unter den unheilvollen Wirkungen des Versailler Friedensabkommens geklärt, die nicht in Deutschland allein, sondern auch in den übrigen Ländern für die Arbeiterschaft unerträglich geworden seien. Nicht als hilfesuchende und hilflose brachten deshalb die deutschen Arbeiter aufzutreten, sondern als Verbündete der internationalen Arbeiterschaft im Kampfe gegen den leibigen Gewaltstiden, der Wohltat überhaupt kein Friede sei, sondern nur die Fortsetzung des Krieges mit noch schrecklicheren Rücksichten, als es die blutigen Waffen waren.

Das Deutschland die übernommenen Reparationsverpflichtungen nach Kräften erfüllen würde, wurde auch auf diesem Kongress von Vorderwerde und anderen besprochen. Aber doch nicht in dem Sinne der französischen Gewaltpolitiker, die die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erst erschöpft seien, wenn sie völlig ausgespielt und vernichtet am Boden liegen. Der Siegung des Arbeiters, der Verstärkung der sozialen Arbeiterschaft lehne auch Vorderwerde, bekanntlich einer der Väter des Versailler Abkommens, ein dreimaliges damaliges Recht entgegen.

Besonders erfreut über das heutige Vorgehen der internationalen Gewerkschaftsbewegung gegen den Krieg äußerte sich Friedrich Ebert. Der Generalsekretär des Kongresses von Rom sei eine geschäftliche Tat, aber doch erst der Anfang einer Lösung des schwierigen Problems. Er erinnerte an den Soz in den Resolutionen des internationalen Sozialistenkongresses von Stuttgart 1907 und Spaniens 1910, in dem es heißt: „falls dennoch ein Krieg ausbricht...“ Was ist eigentlich geschehen?

Diese Frage soll allerdings das Problem der Kriegsverhinderung durch den Generalstreik erst in seiner ganzen Schwere auf. Ist die gewerkschaftliche und die politische Arbeiterschaft in allen Ländern hierfür stark genug? Wird sie auf die Arbeitsergebnisse der Einheit haben, die mögig ist, um durch plötzliche Arbeitserweiterung die Militärmachtpolitik, die Waffen- und Munitionsfertigung zu verhindern?

Der Militärisches und die kapitalistischen Regierungen werden im Eröffnungsrede des Generalstreiks nicht mit verschärferten Kursen feindlich gegenüberstehen. Abgesehen von den ihnen verfügbaren Mitteln der militärischen Gewalt werden sie wieder wie 1914 und in allen früheren Fällen ihren großen Einfluß auf die öffentliche Meinung, auf die Presse ausüben. Wie haben ja nur zu bestlich noch zu erringen, wie durch abschließlich solche Richtungen über Verteilung im Zustand die ökonomische Meinung in allen am Kriege beteiligten Ländern integriert werden soll. Die sofort einsetzende Gewaltsetzung nach jeder direkten Gewaltentfernung und Verhandlung unzulässig. Auf beiden Seiten der Grenze wird man die Arbeiterschaft des eigenen Landes von der Ausweitung des Generalstreiks faktisch abhalten wollen, doch wenn ihr bestehet, die Arbeiter des anderen Landes dachten nicht im geringsten daran, ihr Land und Volk durch Streik in die höchste Gefahr zu bringen.

Auch die von Vorderwerde aufgeworfene Frage des legalem Rechts zur Landverteidigung gegen feindliche Invasion soll in dieses Gebiet. Sozialdemokratische Redner im Haag haben diese Frage grundsätzlich abgelehnt, weil sie Unterscheidung zwischen Aggressions- und Verteidigungsrecht die ganze Propaganda gegen den Krieg von vornherein schwächen würde. Denn wenn in jedem Kriege sei mit dem Begegnen der Verteidiger verteidigt werden. Das ist genau richtig, aber das berechtigte Verteidigungsrecht wird längst auch in Politik vorhanden sein und bei der Fortsetzung des Generalstreiks als Mittel zur Kriegsverhinderung eine Rolle spielen. Verteidigung wird man sich mit der Arbeiterschaft einsetzen können, die sowohl im Antrage des Berichts des Internationalen Gewerkschaftsstandes auf Verteidigung der Frage gegeben hat. Er legte die Forderungen der Gewerkschaften gegen die Befreiung der Arbeiterschaft zwischen den Völkern jede Gewaltentfernung abzulehnen. Nicht die Gewalt, sondern allein das Recht hätte entscheiden, und das Recht müsse durch einen wichtigen Weltkongress jedem Lande garantiert sein.

Es wird Aufgabe der Gewerkschaften zu verhindern, daß die Arbeiterschaft jedes Landes sein, an der Führung des Krieges weitermachen. Dazu kann das Verteidigungsrecht nicht mit dem Generalstreik gleichsam vom Strom die ganze Zeitung nicht gefunden werden. Die große moralische Bedeutung dieses Schlusses ist doch unvergleichbar und es ist durch den Kongress im Haag noch bedeutend gestärkt worden. In der Internationalen Arbeiterschaft wird der Ruf: „Wie wieder Krieg!“ nicht mehr verstanden. Es kann vielleicht jetzt nur, daß der Verteidigung, die Presse, die Parlamentarier, die Schuler, die Lehrer, die Studenten und Künstler in allen Ländern aufrufen und mit spürbarem Willen für die Propaganda für den wahren Friedensgedanken anstreben.

Der Verteidigungsrecht ist durch die Arbeiterschaften und nicht gefunden ist. Die große moralische Bedeutung dieses Schlusses ist doch unvergleichbar und es ist durch den Kongress im Haag noch bedeutend gestärkt worden. In der Internationalen Arbeiterschaft wird der Ruf: „Wie wieder Krieg!“ nicht mehr verstanden. Es kann vielleicht jetzt nur, daß der Verteidigung, die Presse, die Parlamentarier, die Schuler, die Lehrer, die Studenten und Künstler in allen Ländern aufrufen und mit spürbarem Willen für die Propaganda für den wahren Friedensgedanken anstreben.

Die kommunistischen Amirolläuse in Ludwigshafen

Sie haben sich wieder ausgezogen in blinder Verfeindschaft, die Beauftragten Moskau, und können sich nun am Anblick ihrer Opfer weinen. Denn darüber wollen wir uns klar sein: Die kommunistische Partei provoziert ihre Streiks nicht etwa, um die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern, sondern zum Zwecke des Zusammenbruches unserer ganzen Wirtschaft, um auf den Trümmern die Dictatur der Dummkopf und Robbe aufzurichten. Oder glaubt jemand, die kommunistische Partei in Deutschland hätte Geister, die ein Staatswesen dirigieren, eine Wirtschaft aufzubauen könnten? Günstigstenfalls sie ein Dutzend Russen einspringen, um Deutschlands Freiheit und Wirtschaft den Todestod zu verzeihen. Wenn mit den von den Kommunisten in geradezu idiotenhafter Weise inszenierten Streiks nicht das leichte kommunistische Ziel erreicht wird, so dienen sie der kommunistischen Partei doch als Exzellenz, als Vorbereitung auf die zukünftige Heldenrolle des Elitärs von aller Freiheit und Wohlfaht.

Der Streik in Ludwigshafen, der am 29. November mit voller Wucht einzog und am 19. Dezember endete, ist lediglich das Glied einer Kette. Denken wir einige Jahre zurück und wir sehen das planmäßige Bestreben, die lebenswichtigsten Wirtschaftszweige zu zerstören: Bergwerke, Eisenbahnen, chemische Industrie. In den Grubenarbeiter und unter dem Eisenbahnbetriebspersonal hatte die kommunistische Partei ein Proletariat, das 1918 zum größten Teil noch unorganisiert und deshalb auch ohne alle volkswirtschaftlichen Kenntnisse war. Eine solche Arbeiterschaft konnte man nach Belieben durch den geistig beschränkten Maulhelden in den Streik hagen lassen, was dann bekanntlich auch geschehen ist. Durch die Stilllegung der Kohlenzechen sollte in erster Linie die gesamte Industrie, der Verkehr, kurz alles stillgelegt werden. Es gelang den Kommunisten nicht, die Vernunft zu besiegen, der Plan mißlang. Nun kamen die Eisenbahnen an die Reihe, durch deren Stilllegung der Transport und die Verteilung der Nahrungsmittel und der gewerblichen Hilfsprodukte ausgeschaltet werden sollte. Auch hier siegte die gesunde Einsicht über die plumpen Brutalität. Jetzt kam die chemische Industrie an die Reihe. Seit Jahren hat die kommunistische Partei versucht, diesen für die Erziehung und das Gesundheitswesen — wie die kommunistische Presse selbst sagte — so wichtigen Industriezweig zum Erliegen zu bringen. Stets hat sie versucht, den Streik „auf breiter Basis“ zu führen. (Die kommunistische Partei ist bekanntlich jede Stunde bereit, wegen eines Hosenknopfes einen Generalstreik einzuleiten.) Das ist der Partei nie gelungen, trotz Konferenzen und Kongresse. So hat die Partei sich damit begnügt, nacheinander unter den stupiden Parolen die Arbeiterschaft der einzelnen Großbetriebe in den Streik zu jagen. Die Ludwigshafener Arbeiterschaft hat am längsten Widerstand geleistet, weil ein kleiner Stamm intelligenter, seit Jahren gewerkschaftlich geschulter Leute vorhanden war. Und auch dieses Mal war die Arbeiterschaft nicht bereit, wegen des leichtsinnigerweise und mit voller Absicht geschaffenen Konflikts in den Streik zu rennen. Aber die kommunistische Partei hat ihre bestimmte Taktik, für alle Eventualfälle, die einer Spießbudenfaktik recht ähnlich sieht. Beweise: Über die Arbeitsniederlegung selbst, den folgenschweren Schritt, durfte die Arbeiterschaft nicht abstimmen. Ein kleiner Kreis von Einpeitschern und Eingesetzten entschied über das Schicksal Lanzendorf. Als aber die Frage der Streikbeendigung aktuell wurde, da schwärzte die Partei der Gewissenlosen auf einmal für eine Urabstimmung. Die Arbeitsaufnahme sollte hintertrieben werden. Das ist doch gemeinstes Demagogie.

Es soll auch noch einmal hervorgehoben werden, wie die „Arbeitsniederlegung“ vor sich ging. Hatte schon die Arbeiterschaft nichts zu sagen über ihr eigenes Schicksal bei Einleitung der Bewegung, so auch nicht bei Einstellung der Arbeit. Die Arbeitsniederlegung beförgten die Stoßtrupps. Moral und Ethik haben bekanntlich bei der kommunistischen Partei keine Stärke. An Stelle eines solchen Ballastes finden wir Fleigeli, Roheit, Lämmelhaftigkeit und Zynismus in einer Weise ausgeprägt, daß man annehmen muß, diese Eigenschaften werden besonders geachtet. Den Beweis dafür finden wir logisch in der kommunistischen Presse. Die genannten Stoßtrupps, zusammengefaßt aus besonders für solche Zwecke befähigten Leuten, trieben die Arbeiterschaft der Gewissenlosen auf einmal für eine Urabstimmung. Die Arbeitsaufnahme sollte hintertrieben werden. Das ist doch gemeinstes Demagogie.

Es soll auch noch einmal hervorgehoben werden, wie die „Arbeitsniederlegung“ vor sich ging. Hatte schon die Arbeiterschaft nichts zu sagen über ihr eigenes Schicksal bei Einleitung der Bewegung, so auch nicht bei Einstellung der Arbeit. Die Arbeitsniederlegung beförgten die Stoßtrupps. Moral und Ethik haben bekanntlich bei der kommunistischen Partei keine Stärke. An Stelle eines solchen Ballastes finden wir Fleigeli, Roheit, Lämmelhaftigkeit und Zynismus in einer Weise ausgeprägt, daß man annehmen muß, diese Eigenschaften werden besonders geachtet. Den Beweis dafür finden wir logisch in der kommunistischen Presse. Die genannten Stoßtrupps, zusammengefaßt aus besonders für solche Zwecke befähigten Leuten, trieben die Arbeiterschaft der Gewissenlosen auf einmal für eine Urabstimmung. Die Arbeitsaufnahme sollte hintertrieben werden. Das ist doch gemeinstes Demagogie. Wir stellen fest, daß auch die Arbeiterschaft anderer Betriebe gewaltsam herangeholt worden ist, gleichfalls unter Misshandlungen und Drohungen, nicht nur einmal, sondern an mehreren Tagen, als die Arbeiter verläßt, ihrer Arbeit nachzugehen. Kein Mensch hatte sie gefragt um ihre Bereitschaft zur Solidarität. Kein Mensch hat sie über ihr Schicksal abstimmen lassen, alles wurde gemäß der

Diktatur des Proletariats bestimmt von einigen zum Teil geringen wohlerwachten Menschen.

Nach allem besag die kommunistische Partei und ihre Presse die Freiheit, die Gewerkschaftsführer als Verfeind zu bezeichnen, weil sie es auf Grund der Verbandsstatuten ablehnen müssten, die bodenlose Lumperei und den stupiden Blödsinn dieser Partei zu finanziieren. Hat es in Ludwigshafen wirklich gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gegeben, die der Meinung waren, die kommunistische Partei habe das Recht, alle mäßigen Lumpenscheine anzustiften, dagegen habe der Fabrikarbeiterverband die Pflicht, für diese Lumpenscheine die Verantwortung zu übernehmen? Oder glaubt auch nur ein Arbeiter, solche Sollheiten könnten in Zukunft die Regel werden? Der Fabrikarbeiterverband muss es entschieden ablehnen, die Verantwortung zu übernehmen für die von der kommunistischen Partei an der Arbeiterschaft begangenen Verbrechen. In gewerkschaftlichen Dingen können nicht gleichzeitig zwei in ihrem Wesen grundverschiedene Organisationen bestimmen, eine politische und eine gewerkschaftliche. Es muss dabei bleiben: Die kommunistische Partei hat für ihre Handlungen die Verantwortung selbst zu tragen, genau wie der Fabrikarbeiterverband für seine Handlungen aufkommt. Unsere Mitgliedschaft muss sich entscheiden. Entweder sie folgt in gewerkschaftlichen Fragen der kommunistischen Partei, dann hat sie mit dem Verband nichts mehr zu tun, oder sie richtet sich nach dem Verbandsstatut, unentnimmbar die gewerkschaftliche Organisation keine wirtschaftlichen Bewegungen, dann muss sie aber der kommunistischen Partei und ihren gewissenlosen Burschen den notwendigen Tritt verzeihen, wenn diese Elemente sich einzufallen lassen, ihre Hansdampfsrolle auf gewerkschaftlichem Gebiete zu spielen. Unsere Mitglieder müssen wissen, doch der Fabrikarbeiterverband sich Loyalität nicht gestalten kann. Die kommunistische Partei hat es in dieser Beziehung leicht, für sie gibt es weder Kreu noch Glauben. Wer Moral und Ethik über Bord werfen will, der kann wohl Kommunist, aber er kann nicht Gewerkschaftler sein. Wer jeden Tag bereit ist, hinter einem übergeschnappten Phantasten herzuzrennen, der beweist, dass er vom Gewerkschaftswesen noch nichts verstanden hat. Unsere Kollegen in der chemischen Industrie konnten seit Jahren beobachten, wie die kommunistische Partei in allen chemischen Großbetrieben der Arbeiterschaft schwere Niederlagen bereitet hat. Wussten unsere Kollegen in Ludwigshafen das nicht? Wenn sie es wussten — was man annehmen muss — dann hätten sie unter keinen Umständen das gleiche Spiel mit sich treiben lassen dürfen, wie die Arbeiterschaft in den Lenauwerken, in Leverkusen und in Höchst.

Wiederum hat sich die Arbeiterschaft der chemischen Industrie jetzt zu entscheiden. Die kommunistische Partei hat schon seit langer Zeit mit Ingrimm bemerk, dass der Fabrikarbeiterverband kein danabares Feld sei für kommunistische Phraseologie. Die Partei hat nun mehr Beamte (Bonzen) angestellt, mit der ausschließlichen Aufgabe, im Fabrikarbeiterverband und speziell in der chemischen Industrie die gewerkschaftliche Organisation zu zerstören. Diese Parteiangestellten werden nun den Beweis ihrer Fähigkeit und Wichtigkeit zu erbringen versuchen. Die Heze und die Versuche, Feuer anzulegen, werden weiter um sich greifen. Ein zweiter Organisationskörper, der sich diktatorische Befugnisse anmaßt, stellt sich neben die Verbandsleitung. Er soll versuchen, die tatsächliche Organisationsleitung an sich zu reißen, wobei die schon seither in den Gewerkschaften tätigen kommunistischen Angestellten „Ihre Kenntnis zur Verfügung stellen“ müssen. Gelingt der Plan nicht, dann sollen alle jene, die im Sinne der kommunistischen Partei fortgesetzt die Verbandsinteressen schädigen und deshalb aus dem Verbande ausgeschlossen werden müssen, zu einer neuen Organisation zusammengefasst und in den Dienst der kommunistischen Partei gestellt werden. Von diesem Standpunkt aus sollen dann fortgesetzte neue Streiks angezettelt werden, mit dem Vorgraben, die Lage der Arbeiter zu verbessern, tatsächlich aber um sie zu verschlechtern, und damit endlich zum ersehnten Zusammenbruch zu kommen.

In der Nummer 51 des „Proletariers“ vom 23. Dezember 1922 sind die von der Ludwigshafener Antillenfirma vorgeschlagenen Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit zum Abdruck gebracht. Wenn einige der rigorosesten Bedingungen gemildert worden sind, so haben die Arbeiter das dem Eingreifen der Gewerkschaften zu danken. Die Bedingungen sind aber immer noch so gebildet, dass die Gewerkschaften deren Anerkennung abgelehnt haben. Eine Reihe von Verhinderungen sind als Erfolg kommunistischer Vollherrschaft zu buchen. Die Arbeiterschaft hat die Folgen zu tragen für die Taten komunismischer Geister. Wenn die Arbeiterschaft das vergiftet oder sich von den kommunistischen Betriebsräten täuschen lässt, dann geht sie einer noch viel schwereren Niederlage entgegen, als die vom Dezember 1922 war, einer Niederlage, die auch mit Geld nicht gutzumachen ist. Die kommunistische Partei hat bei der verhältnismäßig hohen Intelligenz der deutschen Arbeiterschaft keine Aussicht, ein Gewaltregime wie in Russland aufzurichten zu können. Die diktatorlüsternen Stümper auf allen Gebieten versuchen deshalb durch fortgesetzte Streiks die Wirtschaft völlig zum Zusammenbruch und die Arbeiterschaft zur Verweichung zu bringen. Ist das Chaos da, dann glauben sie, die Macht an sich reißen und der Verlust den Stiefel in den Nacken sehen zu können. Die Arbeiterschaft hat es in der Hand, den einen oder den anderen Weg zu wählen. Den der normalen Entwicklung unter gegenseitiger Achtung der Menschen als Menschen, oder den der Zerstörung aller materiellen, geistigen und geistlichen Werte unter Verrohung und Verminderung der Güter, Aufhebung jeder persönlichen Freiheit durch

Terror und Gewalt. Der zuletzt genannte Weg ist der Weg des kommunistischen Amokläufers, der alles zerstört, was ihm in den Weg kommt. Wer für diesen Wahnsinn ist, der folge den kommunistischen Parteien.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Eine Konferenz der Kaliarbeiter des Gones 1

tagte am 8. Dezember im Volkshaus in Hannover mit der Tagessitzung: 1. Betriebs- oder Industrie-Organisationen? 2. Tarif- und Lohnfragen. Anwesend sind 19 Delegierte aus den Betrieben, 4 Betriebsstellenbevollmächtigte, 2 Vertreter der Gewerkschaft und der Branchentreter Kollege Hofer.

Zu Punkt 1 referierte Kollege Hofer. Er führte aus, dass in letzter Zeit von anderen Organisationen der Versuch unternommen wird, den Fabrikarbeiterverband als Organisation auszuschließen. Dieses sei zurückzuführen auf die Revolution Offmanns auf dem Gewerkschaftskongress in Leipzig betr. Bildung von Industrie-Organisationen, trotzdem hierüber ein endgültiger Beschluss noch nicht vorliege. In der Kali-Industrie beansprucht der Bergarbeiterverband die Kollegen für seine Organisation, obwohl diese festgestellt werden kann, dass eine immer weitere Umstellung der Kali-Industrie zur chemischen Industrie zu verzögern sei. Maßlich liegen die Dinge mit dem Rohöl. Der Fabrikarbeiterverband sieht auf dem Boden der Industrie-Organisation und von Grenzirregularitäten vorliegen, sei er noch nie bereit, diese zu bestreiten. Die Selbstständigkeit der Organisation müsse aber gewahrt werden. Der Bergarbeiterverband selbst hätte noch genügend Arbeit, wenn er seine Organisation stärken würde, bei den nichtorganisierten. Auf Kosten der organisierten Fabrikarbeiter könnte dieses nicht geschehen. Hier müssten sich die Kollegen in der Kali-Industrie einig sein und es könnte hierauf nur eine Antwort geben: Hände weg vom Fabrikarbeiterverband!

In der nun folgenden Debatte gingen die einzelnen Delegierten auf die Taktik des Bergarbeiterverbandes in den Betrieben ein. Allgemein kam zum Ausdruck, dass die Fabrikarbeiter nicht daran denken, ihre Organisation anzugeben, da sie von dem Bergarbeiterverband nichts zu erwarten hätten. Sie erklärten weiter, dass die Kollegen in der Kali-Industrie mit der bisherigen Arbeit der Organisationsleiter einverstanden sind. Angeregt wurde noch, dass die Fabrikarbeiter mehr Wert auf die Wahlen zu den Betriebsräten legen würden.

Der Kollege Prechl von der Gaulistung führte den Kollegen noch kurz die Entwicklung des Fabrikarbeiterverbandes vor Augen und betonte die Pionierarbeit unseres Verbandes.

Der Kollege Mehnert äußerte sich in ähnlich Weise und betonte, dass bevor nicht eine endgültige Entscheidung gefällt sei, die Kollegen die Organisation nicht zu verlassen haben.

Zum 2. Punkt: Tarif- und Lohnfragen, erfasste Kollege Hofer einen ausführlichen Bericht. Er gab zunächst eine Erklärung des Manufaktur- und nahm Bezug auf die Kündigung desselben. Die Frage der Normalleistung und Gedingearbeit sei zunächst mit der Betriebsverteilung zu regeln und wenn keine Etagung erfolge, die Unterguppe zur Entscheidung anzuordnen. Die Kündigung beträfe jetzt 7 Tage. Vier Tagesfrist für die Nacharbeit sei wiederholt der Versuch gemacht worden, einen Zusatz zu erhalten, aber es sei immer wieder gescheitert. Die Urlandsfrage für die Kali-Industrie sei durch das Reichslandeskabinett für den Bergbau geregelt. Beantragt sei ferner die Lieferung von Mehrwerkzeugen, worunter auch Zollstücke fallen sollten. Dieses haben die Arbeitgeber abgelehnt. Da an den Lohnverhandlungen verschiedene Organisationen teilnehmen, sei es auch schwer, die Wünsche des Kollegen vom Fabrikarbeiterverband durchzuführen. Es sei auch leicht gewesen, bei den Verhandlungen daraus hinauszubringen, dass die Spanne in der Einführung zwischen den gelehrten und Praktizierenden in erträglicher Höhe bleibe. Kollege Hofer ging noch auf den Kohlenausgleich und auf die Familienzulagen ein und betonte, dass hierin eine gewisse Gefahr für die Kollegen bestehe, da die Unternehmer leicht dazu übergehen, Kollegen mit starker Familie nicht zu beschäftigen. Soeben gab er noch einen Überblick über die verfaßten Überblicke im Kalibergbau.

In der Diskussion wurde über die mangelfehlende Lohnzahlung Klage geführt. Die Abholzungszahlung müsse anders geregelt werden, wie bisher. Die Ansprüche zeigte auch ein Bild von den gemachten Überblicken, wobei besonders die Verhältnisse zwischen den neuen und den alten Werken hervor wurden. Amo kam zum Ausdruck, dass in einigen Betrieben bei Rückarbeit der Schichtlohn nicht verdient worden sei. Mit der Lohnpolitik erklärten sich die Kollegen einverstanden.

Eine Resolution mit folgendem Wortlaut stand eingeschlagene Annahme:

Die am 8. Dezember 1922 in Hannover tagende Kaliarbeiterkonferenz des Gones 1 erklärte sich mit der bisherigen Taktik unserer Organisation einverstanden und verneint das Bestreben des Bergarbeiterverbandes, die in Kalifabriken und -minen beschäftigte, in unseren Verbänden organisierte Arbeiterschaft in sich herüberzuziehen unter dem Vorwand, die Einheitsorganisation in der Kali-Industrie herbeizuführen. Dieses Bestreben des Bergarbeiterverbandes verstößt gegen den klaren Willen des zwischen unserer Organisation und dem Bergarbeiterverband abgeschlossenen Kartellvereinigungsvertrages sowie gegen die Anweisungen des ADGB zu der auf dem Gewerkschaftsangebot in Leipzig angenommenen Resolution hinsichtlich Neuregelung der Organisationsformen. Die Anweisung des ADGB besagt, dass keine Organisation das Recht hat, in das Organisationsgebiet einer anderen Organisation einzudringen, solange nicht die endgültige Trennung über die Organisationsformen erfolgt ist. Die Konferenz erachtet im Bergarbeiterverband die einzige richtig Interessenvertretung der in Kalifabriken und -minen beschäftigten Arbeiterschaft, da er deren Interessen bisher erfolgreich vertreten hat. Die Arbeit in Kalifabriken und -minen hat mit dem eigenständigen Bergbau keine weiteren Berührungspunkte, als dass sie durch Bergbau gemeinsame Produkte weiter verarbeiten.

Die Delegierten lobten, nicht eher ruhen zu wollen, bis auch der letzte in Kalifabriken beschäftigte Arbeiter im Fabrikarbeiterverband organisiert ist.

Papier-Industrie

Wir sind am Ende unserer Kraft!

Bei fast allen Lohnverhandlungen in der letzten Zeit haben die Unternehmer diese Worte den Verhandlungsteilnehmern von Arbeitersseite entgegengehalten und damit die Abrechnung zu beginnen ver sucht. Diese „krautlose Ente“ der Unternehmer soll die Arbeiterschaft bewegen, vor ihren Forderungen Abstand zu nehmen und sie für eine Veränderung der Arbeitszeit genötigt zu machen. Auch bei der Dollar eines Parzelbenen nach unten gemacht, und schon stellen sich die Unternehmer kraftlos und am Ende ihrer Leistungsfähigkeit und Konkurrenzfähigkeit angelaufen, ebenso derartige Stärke des Dollars in den letzten Jahren verhältnismäßig starken und denen in der Regel eine sprunghafte Wiederherstellung folgte. Richtig fühlen sich die Unternehmer tatsächlich nur noch in der Preisentwicklung nach oben, so dass heute in verschiedenen Industriezweigen der Industriepreis den Auslandspreis überschritten hat, das tatsächlich das Land mit deutschen Produkten billiger versorgt und als der inländische Abnehmer.

Am 10. Dezember d. J. tagte in Frankfurt a. M. der Kreisdeutschestrich für die Papierpapp-Industrie, um über die endgültige Festsetzung der Gewerberücke zu entscheiden. In dieser Sitzung bewarben die Unternehmer ebenfalls das Ende ihrer Kraft. Die Wirkung der Arbeitserhöhungen wurde begründet mit dem

schlechten Geschäftsjahr, der allerdings in einzelnen Betrieben in Erfahrung getreten ist, mit dem Starze des Dollars und der damit nach Unternehmensausfällen eingetretene Preissteigerung, von der die Arbeiterschaft allerdings noch nichts gemerkt hat, weiter mit den niedrigen Tarifen des graphischen Gewerbes.

Die schlechten Löhne der Arbeiter des graphischen Gewerbes finden ihre Begründung in der Wirtschaftslage dieser Industrie und in den Abholzungswirksamkeiten, die, wie im Steinbrücker Gewerbe, schon bei dem Kriegsfolge der amerikanischen Massenabfahrt und des damit verbundenen Preisdrucks bestanden, oder die, wie im Buchdrucker Gewerbe, durch die heutige bestehenden Fabrikatoren Papierpreise hervergerufen wurden.

Zu die gestiegenen Papierpreise können sich die Wellpappenfabrikanten allerdings auch berufen. Dem steht aber gegenüber, dass ein Teil dieser Unternehmungen selbst mit Papierfabrikation verbunden oder an solchen beteiligt ist, also die Gewinne der Papierfabrikation mit verschlackt. Indem sind die außerhalb des Syndikats liegenden Unternehmer in der Lage, bei gleichen Arbeitslöhnern ihre Ware billiger auf den Markt zu werfen. Diese Tatsache wurde der Lohnkommission von den syndikalisten Unternehmern des öfteren bestätigt, und einzelne Unternehmersyndikale haben dieses Argument ihren Betriebsträgern wiederholt vorgeholt. Die Tatsache aber, dass ein Teil der Unternehmer der Wellpappenbranche in der Lage ist, seine Waren billiger auf den Markt zu werfen, trotzdem sie die gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen der Industrie einhalten, berechtigt die Arbeiterschaft zu der Annahme, dass es mit der Kraft der Arbeitgeber wirklich auch nicht zu Ende ist, sondern dass sie sehr wohl in der Lage sind, höhere Löhne zu zahlen, und dass einzig die niedrigen Löhnlagen in der Kartonagenindustrie sie davon abhalten, den zwecklos berechtigten Wünschen ihrer Arbeiterschaft Rechnung zu tragen. Diese Tatsache ist bisher von dem Unternehmersyndikat dieser Gruppe bei fast allen Lohnverhandlungen bestätigt worden durch die Worte: „Die Vertreter der Arbeiterschaft können doch den Wellpappengewerken erneut nicht zumal den bedeutsend höheren Löhne zu zahlen als die Kartonagenfabrikanten.“ Nach diesen Verhandlungen der Wellpappengewerken brachten sich die Gewerken wiederum, wenn auch die Arbeiterschaft die Situation einmal anständig, denn der Dollar wieder steigt.

Die gleiche Bereitstellungstheorie treibt dieselbe Syndikat auch in der von ihm mit vertretenen Tapetenindustrie, deren Lohnsätze noch unter den Löhnen der Wellpappenindustrie stehen und die manche wirklich als Hungerlöhne im wahren Sinne des Wortes bezeichneten kann. In dieser Industrie hatten wir Nachforderungen gestellt, da bei Abschluss des Vertrages die Auswirkung der Zensur nicht zu überschauen war.

Als unter Schreiben an den Arbeitgeberverband erhielten wir folgende Antwort durch den Unternehmersyndikus Dr. Feldgen:

„Infolge der überaus schlechten Geschäftslage in der Tapetenindustrie sind wir nicht in der Lage, eine Kondition des Tarifvertrages vorzunehmen. Wir müssen auch darauf hinweisen, dass es nicht nur Tarife gibt, die höher sind als der Reichsvertrag für die Tapetenindustrie, sondern auch zahlreiche Tarife, die sich durchaus ungefähr im Rahmen unseres Tarifes halten. Naturnach ist dies für die Löhne der Hilfsarbeiter und der Arbeiterschaft.“

Diese Antwort wurde eröffnet, trotzdem ein Teil der Unternehmer die Notlage der Arbeiterschaft anerkennen, trotzdem einige Unternehmer ihre Betriebsträger erklären, sich für eine Revision des Vertrages bei dem Arbeitgeberverband einzusehen zu wollen, und trotzdem permanent Unternehmer der Tapetenindustrie durch Erhöhung der bestehenden Lohnsätze die Notlage ihrer Arbeiterschaft anerkannterweise zu立tern verfügt haben.

Der Arger des Arbeitgeberverbandes über die Löhne der Hilfsarbeiter und Arbeiterschaft ist in Lagen des Herrn Dr. Feldgen nicht neu. Auch in der Tapetenindustrie ist es nur ein Teil der Betriebe, in denen der Geschäftsgang zu wünschen läuft, während ein anderer Teil der Betriebe Qualitätsware herstellt und damit auch ein schwunghaftes Auslandsgeschäft besteht. Diese Tatsache geht auch daraus hervor, dass die Handdruckarbeiter voll aufgeklärt sind.

Für die Arbeiterschaft bedeutet diese Antwort der Unternehmer einen schlechten Trost. Weil ein Teil der deutschen Arbeiter durchaus mit Vergütungen, anders kann der Sinn des Arbeitgeberverbandsschreibens von der Arbeiterschaft nicht ausgelegt werden. Die Arbeiterschaft der Tapetenindustrie hat aber keine Lust, um nur einen Tag früher zugrunde zu gehen als ihre Unternehmer, aus diesen Gründen verlangt sie mit Recht zum Leben hinreichende Löhne.

Wie aber können Herrn Dr. Feldgen und seinen Unternehmern nicht empfehlen, einmal den Versuch zu machen, mit den Löhnen der Tapetenarbeiter zu leben und eine Familie zu unterhalten. Schon nach kurzen Versuchen, dessen sind wir gewiss würden sie nicht mit einer Ende ihrer Kraft angelangt sein, sondern kraftlos, körperlich und geistig gedroht am Boden liegen, wenn sie es nicht vorziehen, bei diesen Hungerlöhnen dem Spiel der kostwigen Tapetenarbeiter zu folgen und ihre Frau und Kinder fruchtloser Arbeit zum Seelen zu suchen.

Gott sei Dank! werden die Unternehmer beim Lesen dieser Seiten ausdrücken, das haben wir nicht nötig, dazu hat ja Gott der Allmächtige und Allmächtige Arbeitssklaven, genauer Arbeit, genauer Kraft, genauer Arbeit, genauer Arbeit, geschaffen. Es müsste auch zu drosig erscheinen, wenn der Unternehmerpröfing, wohlgekleidet und gutgenährt, dem halbwüchsigen Proletenbengel im Felde nach Handarbeitsabschaffung konkurrenz machen wollte.

Eines aber möchten wir zum Schluss Herrn Dr. Feldgen und den von ihm vertretenen Unternehmern der Wellpappen- und Tapetenindustrie ins Stimmbuch schreiben: Sie bringen es also fertig, vor dem Weihnachtsfest, dem Feste der christlichen Liebe, ihre Arbeitssklaven mit Löhnen abzuspielen, die noch nicht einmal zur notdürftigen Fristung des Lebens ausreichen, geschweige denn dazu, ihren Kindern eine befriedige Weihnachtsfeier zu bereiten. Wenn dann in den Villen und Wohnungen der Unternehmer beim Weihnachtsbaum die Worte erklingen: Friede auf Erden und allen Menschen ein Wohlgefallen!, dann mögen die Herrenschaften die Löhne nicht vergessen, dass durch die Gewinnsuche und Eigentümlichkeit der herrschenden Klasse in den Häften der Arbeiter der Friede durch den Unfrieden verdeckt wird und dass das Wohlgefallen sich in Hab- und Nutzniß verwandelt wird.

G. Stähler.

Industrie der Steine und Erden

Entwöhnung vom Achtstundentag.

Die Unternehmer, die jederzeit bereit sind, einer Herrenlanne jährlich Tausende von Arbeitern auf die Straße zu merzen und dadurch die Produktion auf Wille herunterdrücken, suchen andererseits wieder den Anteil zu erwischen, als sie für die Hebung der Produktion im Interesse der Gesellschaft bezogen. In Wirklichkeit wollen sie aber die Arbeiterschaft unter allerlei Vorwürfen des Achtstundentags entwöhnen, wie folgendes Kundschreiben beweist:

„Kundschreiben vom Arbeitgeberverband der jenseitigen Industrie Deutschland Berlin W 15, Kaiser-Ull 20.“

Gesellschaft der Deutschen Arbeitgeberverbände G. V. Berlin W 62, Bürgersaalstr. 11. Berlin, 8. Dezember 1922.

Kundschreiben Nr. 265. Lagebuch Nr. III/51/900. Vert.: Einholung der während der Weihnachts- und Neujahrsfeiertage ausfallenden Arbeitsstunden.

Die diesjährigen Dezember-Feiertage liegen besonders ungünstig, als sowohl der erste und zweite Weihnachtsfeiertag wie der Neujahrsitag auf einen Werktag fallen und damit für die Arbeiterschaft einen zusätzlichen Preisdruck bestanden. Deshalb ist schon in Gewerkschaftskreisen, namentlich in der weiblichen Industrie, mit den Arbeitern die Frage erörtert worden, insbesondere etwa die so anstehenden Arbeitstage eingeholt

werden können. Die gleiche Frage war bereits vor zwei Jahren aktuell und ist in einem Beitrag in Nr. 1 unserer Mitteilungen von 1921 erörtert worden. Wir geben den Verbänden hierpon Stenogra mit der Empfehlung, mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse unserer Wirtschaftslage in geeigneten Fällen über ein solches Einholen ausfallender Arbeitsstunden mit den Gewerkschaften oder Belegschaften auf deren Wunsch in Erörterungen einzutreten. Wegen der Bewertung der einzuholenden Stunden als Überstunden dürfen wir auf den erwähnten Beitrag unserer "Mitteilungen" verweisen und bemerkten dazu, daß im allgemeinen eine Bezahlung der so geleisteten Stunden als Überstunden mit Überstundenbezahlung nicht in Frage kommen dürfte. Selbst da, wo tarifliche Bestimmungen die Überstundenbezahlung an sich möglich erscheinen ließen, weil die wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden hierdurch überschritten wird, wird im allgemeinen die Möglichkeit anerkannt werden müssen, durch besondere Fall die Überstundenbezahlung zu verneinen.

Es wäre uns von großem Interesse, zu erforschen, inwieweit im Bereich der Mitgliedsverbände einer Möglichkeit der Einholung der ausfallenden Arbeitsstunden tatsächlich Gebrauch gemacht wird.

Die Geschäftsführung:

ges. Dr. Tägeler.

ges. Dr. Messinger.

Verbandschlüssel M.

Dr. Me. A. der
Freistaat Sachsen.

Willig soll die Sache natürlich auch sein, deshalb keine Überstundenvergütung. Die Herren können beruhigt sein. Die freien Gewerkschaften haben nicht die Absicht, den Achtfunderttag auf die diplomatische Weise befürchten zu lassen.

Internationale Arbeiterbewegung.

Zusammenschluß der angelernten Arbeiter in England.

Durch Urabstimmung haben die Mitglieder von drei Verbänden der ungelernnten Arbeiter mit großer Mehrheit beschlossen, eine Fusion einzugehen. In Frage kommen folgende Verbände:

1. Der "Nationale Bund der angelernten Arbeiter". (National Union of General Workers.)

2. Der "Nationale Vereinigte Arbeitsbund". (National Amalgamated Union of Labour.)

3. Der "Verband der Gemeindearbeiter". (Municipal Employees Association.)

Diese drei Verbände umfassen über eine halbe Million Mitglieder.

Die Übereilung wird ein in bestimmten Zeitabständen zusammenfassender Kongress sein. Die losländischen Arbeiter werden von einem aus je zwei Vertretern jedes Distriktes zusammengesetzten Generalkrat betreut werden. Verschiedene Funktionen werden von Zuschriften besorgt werden, d. h. von der Nationalen Exekutive bis hinunter zu den Bezirksschäften mit Unterstützung der Gruppenräte und anderer Gewerkschaften.

Ein einheitlicher wöchentlicher Beitrag von 6 d. für Arbeitnehmer und Jugendliche wurde festgelegt. Ein umfassender Plan wurde aufgestellt im Zusammenhang mit den Fragen der Streikunterstützung, der Auszahlung von Unterstützungen bei Inspektionen, Maßregelungen, Erwerbsunfähigkeit sowie in Todesfällen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die Gewerkschaften machen Pausche!

Meister überblickt möchte, wie in Nummer 51 unserer Veröffentlichung vom 25. Dezember 1922 einen Artikel über die Entwicklung in der freieschaftlichen Gewerkschaft von Dingen in Freiburg. Der Kreis der Gewerkschaften der Steinkohle und Eisenhütten des Bezirks der Firma AG beschreibt und von dem Gewerkschaftsamt durchdringendes Zeichen und Transportarbeitergewerkschaft schreibt, daß keine Pausche darin zu finden sei, daß durch die Verhandlung mit dem Betriebsrat zu jederzeit eine vorläufige Abmachung mit dem Betriebsrat des Betriebes entstehen und letzten Endes die Verhandlung des Betriebsrates Schrift, dem Betrieblichen Betriebs- und Transportarbeiterverband zur Beilegung des Konflikts eintrete. Diese Voraussetzung schafft, daß die Gewerkschaft zum Streik zu verzichten hat. Der Streik wäre jedoch baldigst beendet, wenn nicht der Zusammenschluß des Gewerkschaftsverbandes den Streik noch gefordert hätte. Der 22. Dezember beschloß nun das Gericht zur Wiedereinführung des eingesetzten Betriebsratschefs. Das Gericht kann zu der Entscheidung, daß die Entfernung des Betriebsrats unzulässig sei. Die Firma hat vorsichtig zur Wiedereinführung der nachhaltigen Zeit der Gewerkschaften auf die Firma dem Obersteck den Zukauf zu zahlen, das Gericht erkannte mit dem Wert von 51 200 Mk. Das neue Gericht entschließt, daß der Obersteck des Betriebes in seinem Besitz zu lassen steht geblieben. In diesem Falle wäre er auch gewiss, wenn die Wiedereinführung im Betrieb nicht stattgefunden hätte. Was hat nun die Gewerkschaft dazu sagen? Der Streik sollte erneut beginnen, die Gewerkschaft mehrere Millionen Mark Entschädigung, der gerade vor dem Gewerkschaftsamt eine eingesetzte Kündigung durch die Firma möglicherweise einen weiteren Streik und den Betrieb wäre für längere Zeit unterbrochen. Nach den eigenen Angaben des dänischen Bergmanns Gewerkschaft wurde ein weiterer Streiktag die Firma zur Zustimmung gezwungen haben, weil um weitere Gewerkschaftszeit die Gewerkschaften gebeten haben. Was wäre dann die Firma geworden? Das ist eine überzeugende Gewerkschaftsmoral und Würde beweisen werden. Bildungsmaut sollte daher befreigungsgegenwart für diese aufzuheben werden, was manchmal eine Zeitnahme von 14 Tagen benötigt. Der Streik darf nicht um ein geringes Teil der Arbeitszeit und nicht um Kosten der Firma Beleidigung gefordert werden. Gewerkschaften sollten vor dem Unternehmen 14 Tage lang auf den Streik verzichten; aber nicht das allein. Die Firma wäre dann überzeugt und hätte die Zustimmung der Gewerkschaft zu einer Entschädigung, und die beiden Gewerkschaften müssten auf den Streik geschlagen. Dann wäre gleichzeitig die Organisation im Betrieb aufzuheben. Die Firma ist die Gewerkschaften, die ein angestelltes Streik und hat die Gewerkschaften zum Streik zu bringen. Alle diese Gedanken basieren vermischten Personen durch ihre rechtsgültige Einigung zu einer Einigung. Dies sollte nun erreicht werden, daß die Gewerkschaften des Betriebes die Wirkung der Streikzeit einzelnen würden, das heißt ansonsten nicht zu. Der Gewerkschaftsverein hat seine Zustimmung vom Betriebsrat zu überzeugen. Insbesondere gehen sie für den Obersteck des Betriebes gegen diesen ein, daß der Betrieb um die Gewerkschaften herumziehen möchte. Hätte der Betrieb unter der Gewerkschaft in den Rücken zu haben. Es wenig Gewerkschaften, in denen wir uns nach dem Bericht der Gewerkschaft des Bergmanns Gewerkschaften aufzuheben, die Gewerkschaften auf das gewerkschaftliche Gewerkschaften zu machen. Hätte der Betrieb unter der Gewerkschaft und Transportarbeiterverband, dann steht in der Erfüllung der Gewerkschaften vom 1. Dezember für nicht unter den Bergmanns Gewerkschaft gestellt, so dass vielleicht

erfolgt wäre, würden wir einstellig die Öffentlichkeit nicht in Anspruch genommen haben. Nachdem aber die eigentliche Dringlichkeit Christenführers' Gasinski und die Unterschrift des Belegschaftsleiters sind, haben wir uns zur Klärstellung beschworen. Wenn in künftigen Lohnbewegungen die Gewerkschaften mit gewollte Sache machen wollen, so müssen wir vor allen Dingen darin sicher gehen, ob sie auch als vertragstreue Mitarbeiter zu gelten haben. Wir müssen für die Zukunft gesetzt sein darum, daß im Rahmen unserer getätigten Verträge von den mitkontrahierenden Verbänden gleichartige Unnachheiten nicht gemacht werden. Als führende Organisation haben wir hierfür den größeren Teil des Verantwortung zu tragen. Auch haben wir für die Zukunft die Absicht, von den Unternehmerverbänden als vollwertiger Vertragsfaktor betrachtet zu werden. Von diesem Geschäftspunkt aus betrachtet werden die Kollegen einsehen müssen, daß die Führer des Christenführers und Transportarbeiterverbandes zum Schaden der Arbeiter in dem seinesgleichen Betriebe Drogen gehandelt haben, ähnlich wie die Kommunisten in Ludwigshafen.

Rundschau.

Die Kommunisten und der Achtfunderttag.

Die Arbeiterkammer der Firma Christoph Andre, Saarwerke in Södertal (Bezirk Düsseldorf) stand im Streik. Nach dieser Beendigung stellte die Firma an die Arbeiterschaft das Anfangen, täglich eine Stunde länger zu arbeiten, bis die durch den Streik verloren gegangenen Arbeitsstunden wieder nachgeholt werden sind. Dieser Antrag ist in der Betriebsversammlung bei öffentlicher Abstimmung abgelehnt worden. Daraufhin hat die Firma bei dem Vorster Listen angelegt, in die sich diejenigen Arbeiter einzeln stellen, die länger arbeiten wollten, ohne daß irgendwelcher Druck seitens der Firma ausgeübt wurde. Obwohl in der Betriebsversammlung das Anfangen der Überstundenarbeit abgelehnt wurde, hat sich der gesamte kommunistische Aktionsausschuß, der sich während des Streiks bildete und den Streik zum Generalstreik freiben wollte, sofort in die Listen eingezeichnet. Außerdem hat der selbe bei der Arbeiterschaft Propaganda für das Einzeichnen in die Listen, also für die 9½-stündige Arbeitszeit, gemacht. Von 6. Dezember an arbeitet die gesamte Belegschaft täglich 9½ Stunden, und zwar zunächst bis zum 30. Dezember d. J.

Solche Mitteilungen stehen allerdings weder in der "Roten Fahne" noch in einem anderen kommunistischen Blatt.

Einnahme und Ausgabe der Hauptstelle.

2. Quartal 1922.

Gesamt-Einnahme

Im Raffenland vom 1. Quartal 1922	5 310 191,88
Eintrittsgeld	519 424,-
Beiträge à 8,-	1 183 932,-
Beiträge à 4,-	1 603 314,-
Beiträge à 5,-	7 136 375,-
Beiträge à 6,-	3 849 564,-
Beiträge à 7,-	2 935 997,-
Beiträge à 8,-	29 091 768,-
Beiträge à 10,-	1 690 590,-
Beiträge à 12,-	3 912 576,-
Beiträge à 14,-	3 459 302,-
Beiträge à 18,-	9 708 695,-
Beiträge à 15 und 30,- (G. 18 Abf. 6)	30 318,40
Beiträge à 30 und 50,- (Invaliden)	28 704,10
Beiträge à 2,50,- und 1,-	54 357,-
Von den Schiffsleuten zwölf eingefordert	160 351,75
Kartotheke und Kostlerkarten	21 352,25
Bücher und Broschüren	12 250,50
Jahres	120,-
Proletarier	2 708,40
Erziehungsmaterialien	5 223,-
Schreibmaschinen	23 100,-
Zeitungsmitglieder	2 784,65
Unterstützungen zurückgezahlt	1 288,50
Sozialgemeinschaft, Kosten zurückgezahlt	13 090,-
Unser	109 529,56
Gemeiner Einnahmen: Hauptstelle 10 696,-	22 411,85
Hauptstelle 11 715,85	
Sozialstunden von den Schiffstellen zurückgezahlt	18 623 190,95
Sozialstunden von den Schiffstellen im vorherigen Quartal	2 916 415,80
	Summe 130 749 866,07

Gesamt-Ausgabe

Der Gewerkschafts-Unterstützung:	25 795,40
a) zu Riefenbach	620 935,45
b) zu Arbeitslose	
c) zu Kämmerei:	Schiffstellen 2 936 588,15
	Hauptstelle 429,-
2 937 017,15	
Reichsbund:	42 826,73
	Hauptstelle 2 494,45
	45 321,18
Gewerkschaften-Unterstützung	38 437,50
Haushaltsgeld:	Sechstelle 43 479,05
	Hauptstelle 837,50
	44 316,55
Geldbezüge	381 977,90
Stellung-Unterstützung	14 150,-
Streik-Unterstützung	24 750 729,80
Aufbau des Betriebs an die Schiffstellen	12 083 156,65
Sozialstiftungen	49 162,-
Beiträge aus der Hauptstelle an die Schiffstellen	20 010 178,70
Abgrenzung Gewerkschafts-Gewerkschaftsstand:	612 800,-
1 000 000,-	
43 457,85	
91 161,20	
2 301,75	
222 747,-	
23 851,55	
119 968,75	
231 875,50	
923 838,-	
3 973,15	
3 011 673,75	
49 854,35	
332 171,50	
423 955,10	
2 141 507,55	
150 471,57	
41 755,10	
315 212,65	
126 294,20	
554 813,15	
44 628,90	
10 000,-	
17 192,82	
31 632,39	
36 542,20	
1 829 007,95	
56 775 810,13	

Summe 130 749 866,07

Barrezzate, am 5. Dezember 1922

und Thiemig, Verfasser.

C. Stöffer, 1. Kassierer. G. Neimayer, 2. Kassierer.

Summe 130 749 866,07

Literarisches.

Niedrigungen eines Arbeiters. Von Rudolf Küller. Gedicht, verliebt Rudolf Küller, Kalligraph Steinböck bei Celle). Preis 125 Mk.

Ein Verbandskollege, ein nach Erkenntnis ringender Arbeiter, präsentiert hier sein Erstellungswerk in einem Gedichtband auf 48 Seiten. Mit eingebetteter Liebe hat der Kollege Küller seine von stiftlichem Empfinden getragenen Poeme geschrieben, meno auch einiges aus dem Gedichtband besser herangeblieben wäre, so z. B. "Ich, Bruder — sei!", denn diese Weltanschauung steht im Widerstreit mit Küllers sonstigem Geistesleben. Wenn aber bei dem erwähnten Gedicht die Betonung auf das "Heut" gelegt werden soll, mag es hingehen. Der Kollege Küller hat seine Poeme nicht geschrieben, um für sich Geld zu verdienen, sondern der aus dem Verlauf des Werkes erzielte Reingewinn ist für seine bestimmt, die noch drunter sind als Küller selbst, für die Gewerkschaften oder Bevölkerungsschichten Helmstedt. Ihnen sollen auf dem Grabe Roben und Kartoffeln beschafft werden. Daß ein Arbeiter, der selbst am Lebensknoten ringt für sich und die Seinen in dieser selbstlosen Weise handelt, ebt ihn und sein Werk und hebt ihn hoch über den reichen Geldgeber hinaus, der aus dem Vollen schöpft und weder materiell noch seelisch empfindet, daß er gibt. Schön der alte Zweck des Verfassers läßt den Raum des Büchlein, das jedem prächtige Gedanken und rätsellose Selbstecknisse bringt, angebracht erscheinen.

Schriften zur Ausbildung und Weiterbildung der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Zu den in Nr. 44 des "Proletariers" bekanntgegebenen vier Heften sind drei weitere gekommen, und zwar: Heft 5: 1. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland; II. Kommunalisierung, Endkommunalisierung, Sozialisierung. Von Carl Münnich, Berlin. Preis 20 Mk. nebst Porto.

Heft 6: Die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften. Von Emil Dittmer, Berlin. Preis 30 Mk. nebst Porto.

Dr. O. Hauser, Der Aufstieg der ältesten Kultur. Mit 20 Abbildungen. (Verlag Buchhandlung Freiheit, Berlin SW 61, Urbanstraße 7.) Aus der Serie von Hausers Jugendbüchern über die Entwicklungsgeschichte des menschlichen Geschlechts liegt ein weiteres Bandchen vor. Laijer schildert den langen Entwicklungsweg, den alles, was unter dem Namen Kultur zusammenfassen, genommen hat. Das einfache Handwerkzeug des ältesten Menschen erscheint vor uns, und jeder Arbeiter wird in den dargestellten Werkzeuginstrumenten entdecken. Der Verfasser schildert in schöner Sprache, wie das Feuer in den Bereich ältester Menschen kam, wie dadurch ein Wendepunkt im körperlichen und geistigen Entwicklungsgang eintrat, wie durch höhere Geistesregungen Schmiedkunst vom Urmenschen ergriß, wie die Waffen wurden und wie dann schließlich die Kunst geboren wurde. Hellende Gedankengänge führen uns die eigentliche Entwicklungsgeschichte der Menschheit einmal drastisch vor Augen und belehren uns, wie nichts auf unverständlichen Wegen entstand, daß überall Naturgesetze den Ablauf begrenzen und Angefangenes höher führen.

Verbandsnachrichten.

An die Besitzer der "Betriebsrätezeitung", der "Gewerkschaftlichen Frankenzeitung" und des "Korrespondenzblattes".

Infolge des seit 1. Oktober 1922 mit der Post eingegangenen Überweihungsverkehrs für den "Proletarier" dürfen die oben genannten Zeitschriften dem "Proletarier" nicht mehr beigelegt